

offensiv links

bewegung für sozialismus föj



April 1978

S 8.-
nr. 42/jg. 5

Scheidungsreform:
„Ein bisserl ein
Geschlechterkampf“

Reprivatisierung:
Die Guten ins Kröpfchen,
die Schlechten ins Töpfchen

Inhalt

- 3 REPRIVATISIERUNG
Die Guten ins Kröpfchen die
Schlechten ins Töpfchen
- 6 STADTERNEUERUNG
Der Schilling rollt
- 8 ALLTÄGLICHE GESCHICHTEN
- 10 SCHEIDUNGSREFORM
"Ein bisserl ein Geschlechterkampf"
- 14 ANSCHLUSS
Abschlüsse nach dem Anschluß
- 16 Ein Volk, ein Reimann,
eine Kronen-Zeitung
- 17 STEINHOF
Neuer Leiter, alte Sprossen
- 18 BETRIFFT RECHTSSTAAT
Aufruf zur Lynchjustiz
- 20 BRD STAATSSCHÜTZER
Wer nicht für uns ist, ist gegen uns
- 21 NAHER OSTEN
Krieg oder Frieden?
- 23 COMIX VON MUCH
- 25 FRANKREICH
De Gaulle und kein Ende?
- 27 USA
Der Kumpel lebt nicht von Brot allein
- 28 ARGENTINIEN
Spiele, aber kein Brot
- 30 BÜCHER
- 31 LESERBRIEFE
- BEILAGE:
Der Prager Frühling/Teil I

offensiv links

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

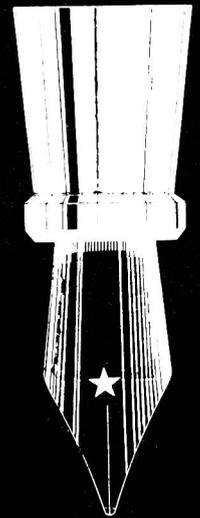
links, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebensfähigkeit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen – bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgasse in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links – solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1040 Wien

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Alfred Prandl. Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10. ● Redaktion: 1020 Wien, Franz-Hochedlinger-Gasse 6 (im Hof). Telefon: 33 83 374. ● Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52. ● Einzelpreis: S 8,- ● Abonnement: S 80,- (jährlich) ● Kontonummer: 223.102.976, Länderbank Wien.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder. Mit Initialen gezeichnete Artikel geben die Meinung der Redaktion wieder. Organisationsmeinungen müssen als solche gekennzeichnet sein.



Zu diesem Heft

Am 13. April findet in der Stadthalle eine Großveranstaltung mit Wolf Biermann und Zdenek Mlynar unter dem Motto "Solidarität mit der sozialistischen Opposition in Osteuropa" statt. Es war daher naheliegend, in unserem Einlageblatt zur Zeitschrift diesmal die Entwicklung des "Prager Frühlings" in Dokumenten und Einschätzungen zu behandeln.

Wie hoffentlich sichtbar, haben wir in dieser Nummer eine neue Schrift gewählt, die uns die Möglichkeit gibt, den Text abwechslungsreicher zu gestalten. Wir hoffen, daß damit und mit dem verbesserten Layout die Zeitschrift lesbarer geworden ist.

Wir sind uns selbstverständlich bewußt, daß das Formale von zweitrangiger Bedeutung ist. Wir haben uns den Anspruch gestellt, eine gute Mischung aus Information und politischer Analyse zu bringen und mehr Artikel zu schreiben, die an unserer konkreten Lebenssituation in Österreich ansetzen, was eine breitere Streuung der Themen bedeuten muß. Diesem Anspruch sind wir auch in dieser Nummer nur ansatzweise gerecht geworden. Mit den Buchtips haben wir versucht, den bisher eher vernachlässigten kulturellen Bereich miteinzubeziehen und wollen uns bemühen, in diese Richtung weiterzumachen.

Über Kritik, Anregungen und – Lob freuen wir uns.

*

*In der letzten Nummer von *offensiv links* ist der Redaktion ein Fehler unterlaufen: Der Vorspann zum Interview mit dem Genossen von den Comisiones Obreras mußte den Eindruck erwecken, daß er redaktionell verfaßt und gebilligt worden sei. Der Verfasser des Vorspanns (der mit dem Genossen, der das Interview geführt hat, identisch ist) hätte der Praxis unserer Zeitung entsprechend mit vollem Namen genannt werden müssen. Damit wäre zum Ausdruck gekommen, daß es sich bei diesem Kommentar um eine persönliche Meinung handelt. Daß dies durch ein technisches Versehen unterblieben ist, bedauern wir.*

Die Guten ins Kröpfchen, die Schlechten ins Töpfchen

Öffentliche Unternehmungen sind nicht wirtschaftlich. Dies zumindest behaupten ÖVP und Wirtschaftsbund und versuchen immer mehr, mit demagogischen Argumenten ihre Reprivatisierungspläne in die öffentliche Diskussion zu bringen. Da wird mit Pauschalverdächtigungen das schlechte Image der Beamtenschaft bei der Bevölkerung kräftig geschürt, da wird mit dem Schreckgespenst des Staatsbankrotts gedroht und der Gemeinwirtschaft mangelndes Kostenbewußtsein und Verschwendung vorgeworfen. Die Vertreter der privatwirtschaftlichen Heilslehre drückt dabei nicht die Sorge um die finanzielle Not der Gemeinden oder des Staates, noch weniger liegt ihnen das Wohl des Einzelnen am Herzen; die Diskussion um die Reprivatisierung von kommunalen Betrieben wurde vielmehr inszeniert, um den Glauben an den Segen der Marktwirtschaft wieder zu stärken.

Restaurative Tendenzen schon Mitte der fünfziger Jahre

Die derzeitige Reprivatisierungskampagne ist nicht die erste in der wirtschaftspolitischen Geschichte Österreichs. Bereits gegen Mitte der Fünfzigerjahre war ebenfalls von privatwirtschaftlicher und konservativer politischer Seite die Reprivatisierung von öffentlichen Unternehmen gefordert worden, zum Teil mit Erfolg: Raffinerien sind an amerikanische Erdölkonzerne überge-

ben worden, die verstaatlichten Betriebe der Elektroindustrie wurden vom deutschen Siemens-Konzern übernommen und 40% des Aktienkapitals der beiden größten verstaatlichten Banken (CA-BV, ÖLB) wurden reprivatisiert.

Schwerpunkte der Reprivatisierungskampagne heute

Heute richtet sich der Schwerpunkt der Angriffe gegen die Gemeinwirtschaft vor allem auf be-

stimmte Dienstleistungen aus dem kommunalen Bereich. Reprivatisierung von kommunalen Müllabfuhrbetrieben, Gärtnereibetrieben, Autobusunternehmen, der kommunalen Schlachthöfe und Gasversorgung wird gefördert. Diese Betriebe werden allerdings auch von den Gemeinden kostendeckend oder gewinnbringend geführt oder könnten es werden, wenn bestimmte soziale Leistungen weggelassen würden; bei Gärtnereien etwa die Betreuung öffentlicher Parkanlagen, bei Autobuslinien das Befahren wenig frequentierter Strecken u.a. Die wirklich großen Belastungen der Gemeinden, wie Schulen, Wasserschutz- und Wasserversorgungsanlagen, Straßen- und Brückenbau, Gesundheitswesen, Fürsorge und Jugendhilfe etc. scheinen nicht im Wunschkatalog der Reprivatisierungsideologen auf.

Das Kostenargument

Eines der Hauptargumente in der Reprivatisierungsdiskussion ist das Kostenargument. Man versucht der Öffentlichkeit klarzumachen, daß weniger Staat und mehr Privatwirtschaft sowohl für die öffentlichen Kassen als auch für den Geldbeutel des Staatsbürgers vorteilhafter sei, da die privaten Betriebe durch den dauernden Konkurrenz- und Leistungsdruck zur Rationalisierung und zur Senkung der Kosten gezwungen wären. Abgesehen davon, daß in den meisten Bereichen der Wirtschaft auf Grund privater Monopolstellungen und Kartellabsprachen dieser Konkurrenzdruck keineswegs vorhanden ist, ist es auch grundsätzlich falsch, an Hand von Kosten-Nutzen-Analysen Vergleiche zwischen der Privat- und der Gemeinwirtschaft anzustellen. Private Unternehmen wollen vor allem Gewinne erwirtschaften, öffentliche Unternehmen sollten jedoch gemeinwirtschaftliche Ziele wie Bedarfsdeckung, soziale Preispolitik, Arbeitsplatzsicherung u.a. vor Augen haben. (Dort, wo das nicht der Fall ist, also Gewinnerzielung im Vordergrund steht, versagen sie auch kläglich, wie die Bauring-Affäre zeigte).

Am Beispiel Göttingen

Daß gerade aber der Zwang für den privaten Unternehmer, die Kosten mit allen Mitteln niedrig

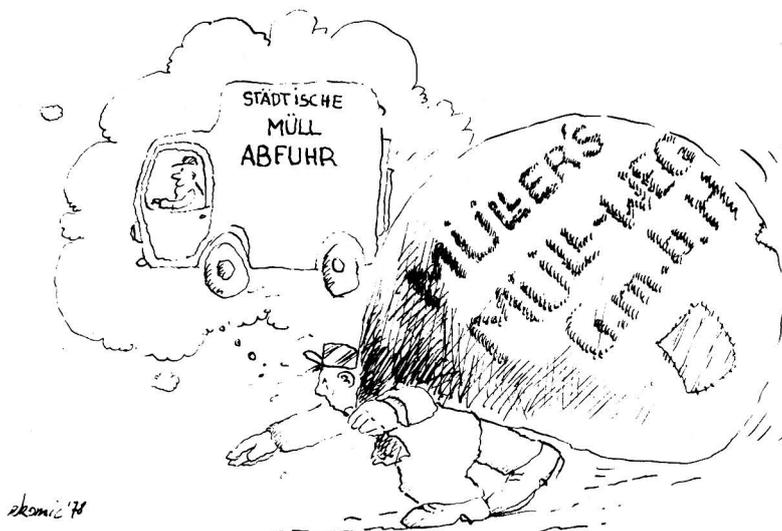
zu halten, um Gewinne zu erzielen, zum Nachteil der Allgemeinheit geht, zeigt das Beispiel der Reprivatisierung der Müllabfuhr in Göttingen. Nach der Übernahme durch die Firma Städtereinigung West mußten die Müllwerker eine empfindliche Verschlechterung ihrer Arbeitssituation in Kauf nehmen:

- ⊙ Die Arbeiter verdienen bei der privaten Firma um etwa 25% weniger, da die verschiedenen Zusatzleistungen des kommunalen Arbeitgebers (Jahressonderzahlungen, Erschwerniszuschlag, Sozialzuschlag etc.) wegfielen.
- ⊙ Die Arbeitszeit stieg nach der Privatisierung stark an; es mußte täglich etwa elf Stunden gearbeitet werden.
- ⊙ Die Arbeitsbelastung wurde um ca. 25% gesteigert.
- ⊙ Bei den Arbeitsbedingungen traten erhebliche Verschlechterungen ein. Die bisher automatischen Schüttvorrichtungen an den Müllfahrzeugen wurden teilweise durch manuelle ersetzt. Die noch von der kommunalen Müllabfuhr eingerichteten einwandfreien Sozialräume wurden aufgegeben; stattdessen wurde eine Scheune für die Unterbringung von Personal und Autos gemietet. Ein 'Sozialraum' sollte dadurch entstehen, daß ein Teil der Scheune durch eine Plastikplane abgetrennt wurde und provisorische Gasöfen aufgestellt wurden. Sanitäre Einrichtungen fehlten vollständig. Es gab kein Wasser und keinerlei Toiletten.

Eingspart hat die Firma auch bei der Arbeits- und Schutzkleidung.

- ⊙ Die Sicherheitsbestimmungen wurden in vielen Punkten nicht eingehalten. Die Fahrzeuge mußten aufgrund der von

leert werden. Kleinere Gefälligkeiten, wie Hilfe beim Herein- und Herausstellen der Gefäße, Mitnahme kleinerer Mengen zusätzlichen Mülls u.a. mußten auf Druck der Firma eingestellt werden. Ungern sah die Firma auch



der Firma vorgesehenen Tourenplanung ständig überladen werden; die Pausenregelung für Fahrer nach der Arbeitszeitregelung wurde nicht eingehalten. Die Folge dieser verantwortungslosen Leistungsverhärfung und der nicht eingehaltenen Sicherheitsbestimmungen war eine steigende Zahl von Arbeitsunfällen.

Für die Konsumenten ergab sich eine Verschlechterung der Qualität der Müllabfuhr. Infolge der Arbeitshetze konnten die Gefäße zum Teil nicht richtig ent-

die sozialen Kontakte zwischen den Müllwerkern und der Bevölkerung. Soziale Kontakte bedeuteten für sie Verlustzeiten. Daher wurden diese Bindungen systematisch unterminiert, indem die Touren und Kolonnenbesetzung laufend geändert wurden, mit dem Argument, jeder Müllwerker müsse alle Touren kennenlernen.

Mit diesen Methoden konnte die Firma ihre Einnahmen beträchtlich erhöhen. Wieviel sie bei den einzelnen Posten 'einspart' bzw. gewinnt zeigt nebenstehende Tabelle.

Für die Kommune ergab sich durch die Reprivatisierung keine Kostenersparnis, weil durch die Umstellung zusätzliche Belastungen entstanden. Vielmehr verschlechterte sich die Situation für die Kommune, da die Gewinne aus den Rationalisierungsmaßnahmen (Umstellung auf größere Gefäße), die fast völlig vom Landkreis finanziert wurden, in die Taschen der privaten Firma flossen.

Reprivatisierung in Österreich

In einer Dokumentation des Wirtschaftsbundes (ÖWB) werden Beispiele für angeblich erfolgreiche Reprivatisierungen in Österreich aufgezählt. Daß diese für die Unternehmer erfolgreich wa-

<i>Einsparungen/Einnahmensteigerungen</i>	<i>1975 DM ca.</i>	<i>1976 DM ca.</i>
Bruttojahreslöhne (ohne Überstunden)	50 000	85 000
Überstundenzuschläge	2 300	---
Einstufung in niedrigere Lohngruppen	---	3 300
Überstunden und Überladungen	61 800	21 200
Arbeitsintensivierung	154 000	206 900
Schüttvorrichtungen	10 300	20 600
Einarbeitungszeiten	---	1 400
Sozialräume	5 600	3 400
Persönliche Schutzausstattung	1 000	1 000
Rationalisierungsgewinn durch Vorleistungen des Landkreises	223 000	339 000
Sonderzahlungen Sperrmüll	---	15 000
Gesamtverbesserung der Ertragslage	512 000	702 300

Quelle: Fallstudie über die Privatisierung der Müllabfuhr im Landkreis Göttingen von W. Sauerborn, Hrsg. ÖTV, Reutlingen, März 1977

ren dürfte wohl außer Zweifel stehen; für die Allgemeinheit ist der Erfolg jedoch recht fragwürdig.

In Gmunden wurde 1960 die kommunale Müllabfuhr durch einen Mehrheitsbeschluß des Ge-



meinderates reprivatisiert. Pro Liter abgeführten Müll verlangt der private Unternehmer 24 Groschen plus 8% Mehrwertsteuer bei zweimaliger wöchentlicher Abfuhr. Der einmalige Abtransport eines 90 Liter-Kübels kostet also 11,65 Schilling. Daß dieser Tarif nicht besonders kostengünstig ist, zeigt ein Vergleich mit der benachbarten Gemeinde Bad Ischl, die eine kommunale Müllabfuhr hat. Dort kostet die einmalige Abfuhr einer 90 Liter-Tonne 500 Schilling im Jahr, also 9,62 Schilling pro Tonne für eine einmal wöchentliche Abfuhr. Mit diesem Preis erzielt die Gemeinde jährlich einen kleinen Überschuß. (Im Gemeindevoranschlag für 1977 standen den Ausgaben von S 2,02 Mio. Einnahmen von S 1,86 Mio. gegenüber). Der 'kostengünstige' Tarif in Gmunden kommt also einzig dem privaten Unternehmer zugute. Welche Nachteile sich aus der Reprivatisierung für die Arbeitnehmer ergaben, wurde nicht erhoben. Doch dürften sich auch dort die verschiedenen Methoden Kosten einzusparen kaum zum Vorteil der Müllwerker ausgewirkt haben.

Ebenso falsch ist die Behauptung, daß private Autobusunternehmen weniger Verluste erwirtschaften würden. Sicher wäre nur, daß private Unternehmer weniger frequentierte Strecken nicht befah-

ren würden bzw. dementsprechend hohe Preise verlangen würden. Dort, wo private Autobusunternehmen für den öffentlichen Verkehr eingesetzt werden, erhalten sie von der Gemeinde ein indexgesichertes Kilometergeld, so daß

ihnen die Fahrgastfrequenz gleichgültig sein kann. Die Einnahmen sind ihnen sicher.

"Schleichende" Reprivatisierung

Nicht so spektakulär, dafür aber umso nachteiliger sind Privatisierungstendenzen, die durch ein immer stärkeres Breitmachen privater Unternehmungen in speziellen profitablen Teilbereichen staatlicher und kommunaler Aufgabengebiete entsteht. So gewinnen private Krankenversicherungen trotz der Pflichtversicherung immer mehr an Einfluß. (30% der Österreicher sind schon privatversichert). Bei Kindergärten nimmt der Anteil der privaten Träger gegenüber den öffentlichen vor allem im Bereich der Drei- bis Sechsjährigen stark zu; das vor allem wegen der größeren Rentabilität der Betriebsführung der Kindergärten mit Drei- bis Sechsjährigen. Besonders kraß ist auch die kürzlich von der Gemeinde Wien arrangierte Privatisierung des Wiener Kabel-TV-Netzes. An der neu gegründeten Kabel-TV-Betriebsgesellschaft überließ die Gemeinde Wien dem Elektroriesen Philips 95% des Anteils.

Echte Mitbestimmung statt Privatisierung

Privatisierung ist keine Lösung

der Finanzkrisen von Gemeinden. Nur durch eine Änderung der Arbeitsorganisation in der öffentlichen Verwaltung kann eine Steigerung der Leistungsfähigkeit erreicht werden. Nicht allerdings durch die kritiklose Übernahme privatwirtschaftlicher Rationalisierungsrezepte, Managementmethoden und ausschließlich betriebswirtschaftlich orientierter Kosten-Nutzen-Kalkulationen, sondern vor allem durch den Abbau veralteter Strukturen und Hierarchien, durch Delegation von Verantwortung und durch humane Arbeitsbedingungen. Zudem wird rationelles und wirtschaftliches Arbeiten erst möglich, wenn der einzelne Arbeitnehmer auch seinen Arbeitsplatz mitbestimmen kann.

Ideologische Hintergründe der Kampagne

Die Privatisierungskampagne hat handfeste politisch-ideologische Hintergründe. In Österreich wurde sie 1976 auf dem kommunalpolitischen Kongreß der ÖVP begonnen. Übernommen wurde sie jedoch von der bundesdeutschen CDU, die derartiges schon ein Jahr vorher zu inszenieren begann. (Man erinnere sich an den Slogan 'Freiheit statt Sozialismus').



Das Vertrauen in die Privatwirtschaft war durch die Krise angeknackst. Um zu verhindern, daß immer mehr Leute erkennen, daß die Schuld an der Krise vor allem die Privatwirtschaft trägt, wurde von den reaktionären Politikern und der Privatwirtschaft eine Kampagne gegen die öffentlichen Betriebe gestartet. Damit erhoffte man zwei Fliegen auf einen Schlag zu treffen, erstens von den wahren Ursachen der Krise abzulenken, zweitens mit demagogischen Argumenten Wählerstimmen zu gewinnen.

Franz Köppl

Der Schilling rollt

Der quantitative Wohnbedarf ist gedeckt, jetzt gilt es, den qualitativen Bedarf zu decken - zu diesem Zweck muß der Stadterneuerung Vorrang eingeräumt werden ... Diese und ähnliche Erklärungen hört man heute immer häufiger; damit soll (vor allem in Vorwahl-

zeiten) jenen neuer Mut gemacht werden, für die Wohnen in Wien noch immer verbunden ist mit Wasser und Klo auf dem Gang, mit dicht verbauten Hinterhöfen, der Aussicht in Nachbars Küche oder in eine lärmgefüllte Straßenschlucht.

Nicht immer allerdings ist die Erneuerung für die von ihr Betroffenen ein Vorteil; ungenügend "marktwirtschaftlich" erfolgt sie überall dort, wo eine bestimmte Nutzung eines Grundstücks oder Gebäudes durch eine andere - profitablere ersetzt werden kann. So werden zum Beispiel in den Gebieten um die Innenstadt oder an sonstigen verkehrsgünstigen Standorten häufig Wohnhäuser durch Büro- und Geschäftsgebäude ersetzt, was den Eigentümern dieser Gebäude zwar wesentlich höhere Gewinne, den gekündigten Mietern aber meist schlechtere und/oder teurere Ersatzwohnungen, längere Wege zur Arbeit, Umschulungen der Kinder... bringt.

Derartige Nutzungsverdrängungen werden nicht selten - trotz gegenteiliger Beteuerungen - durch die Gemeinde gefördert.

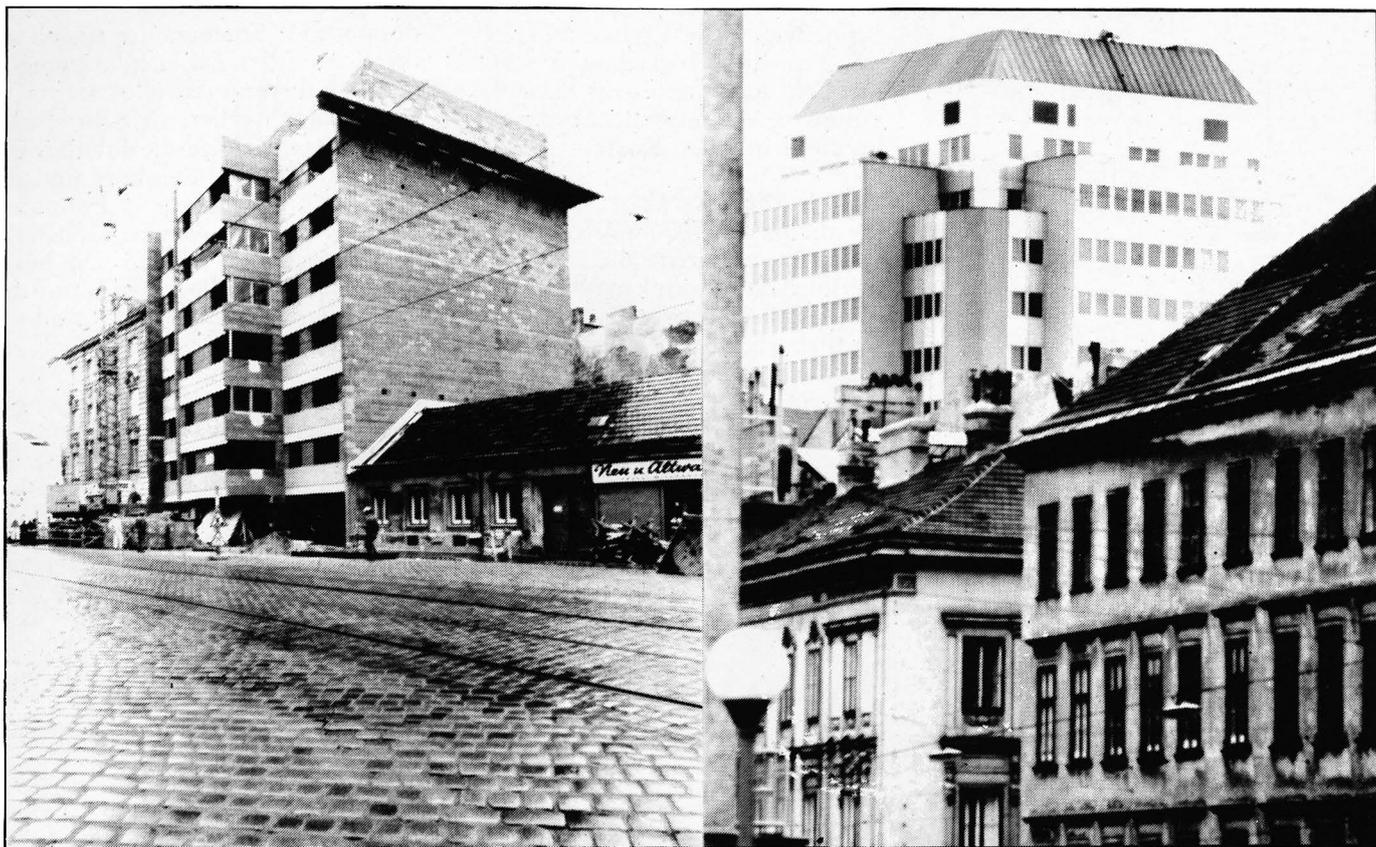
So erfolgt derzeit, statt einer gleichmäßigen Förderung im gesamten Stadtgebiet, durch den Bau der U-Bahn eine starke Erhöhung der Verkehrsgunst entlang einiger weniger Linien. Dies bedeutet eine enorme Aufwertung der im Einzugsbereich der Stationen gelegenen Grundstücke und vor allem der Innenstadt, wo sich diese Verkehrslinien kreuzen sollen. Die einseitige Ausrichtung des öffentlichen Verkehrs auf das Stadtzentrum

wird dadurch weiter gefördert. Die Beförderungskapazität der jetzt in Betrieb gegangenen ersten Linie liegt bei 40.000 Menschen pro Stunde - das sind 40.000 Arbeitskräfte, die so herbeigeschafft werden bzw. 40.000 Konsumenten, die an den um die Stationen liegenden Geschäften vorbei müssen und wahrscheinlich einen Teil ihrer Einkäufe dort tätigen werden. Daß die von einem Wohnungsmieter bezahlte Miete mit derartigen Gewinnmöglichkeiten nicht schritt halten kann, liegt auf der Hand. Ein anschauliches Beispiel für die solcherart hervorgerufene Entwicklung zeigt sich in der Praterstraße, wo gerade gleichzeitig mit dem U-Bahnbau ein mehrgeschossiges Bürohochhaus entsteht. Derartige Entwicklungen kommen auch den Interessen der Gemeinde entgegen, da dadurch eine stärkere Auslastung der U-Bahn und damit eine - wenn auch geringe - Reduktion der enormen Verluste erreicht werden kann.

Aber nicht nur Veränderungen in der Verwendung, auch der Ersatz von alten Wohnungen durch neue kann gewinnbringend sein - dann nämlich, wenn auf

gleicher Grundstücksfläche mehr Wohnungen untergebracht werden können. Einstöckige Häuser sind daher in Wien - sofern sie nicht unter Denkmalschutz stehen - kaum mehr anzutreffen. Eine um 100 % höhere Geschoßfläche (= Summe der Flächen aller Geschosse) gilt als Untergrenze für diese Art der Stadterneuerung, oft übersteigt die neue Geschoßfläche die alte aber um ein Mehrfaches. Das bedeutet aber, daß nach der "Erneuerung" mehr Menschen auf gleicher Grundfläche wohnen, sich mehr Menschen die meist knappest bemessenen Grünflächen teilen müssen und sich noch mehr Verkehr durch ohnehin schon verstopfte Straßen zwingen muß. Konsequenterweise ausgespart von dieser Form der Stadterneuerung aber bleiben die dichtest verbauten Gebiete, die eine Erneuerung am dringendsten benötigen würden - wo bereits drei Hinterhäuser in minimalem Abstand zueinander stehen, ist eine weitere Verdichtung kaum möglich, ein höherer Gewinn also nicht zu erreichen.

Auch diese Form der Stadterneuerung bedarf der aktiven Hilfe der Gemeinde, die die intensivere Ausnutzung der Grundstücke durch die Abänderung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen bewilligt. Die Gründe dafür sind verschieden: Die traditionelle Ausrichtung der Wiener Stadtverwaltung auf die Interessen der Haus- und Grundbesitzer ist einer; wahltaktische Überlegungen ein anderer (so hofft man derzeit, die 150 bis 200 fehlenden SP-Wähler in dem auf den sogenannten "Böhm-Gründen" im 7. Bezirk vorgesehenen Bauprojekt unterzu-



Neu- und Altwaren

bringen); aber auch, wo eine SP-Mehrheit gesichert ist, besteht Interesse an der Unterbringung von mehr Bewohnern auf der gleichen Fläche - es geht hier um den Einfluß der einzelnen Bezirksparteien innerhalb der Wiener Gesamtpartei, der mit Mitgliederzuwachs gesichert werden soll. Die vielzitierte Lebensqualität bleibt dabei auf der Strecke.



Es sollte daher in Zukunft auch Aufgabe linker Organisationen sein, derartige "Förderungsaktionen" der Gemeinde für private Hauseigentümer aufzuzeigen und zu bekämpfen. Noch immer nimmt von Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans kaum jemand außer einem kleinen Kreis von Planern, Hauseigentümern und Spekulanten Kenntnis, obwohl seit der Novellierung der Wiener Bauordnung im Jahr 1975 jedermann theoretisch die Möglichkeit hat, zu den Entwürfen für die Abänderung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen Stellung zu nehmen. (Vor

dieser Novellierung stand dieses Recht nur den Eigentümern von im Planungsbereich gelegenen Liegenschaften zu.) Diese Entwürfe liegen vor der Beschlußfassung im Gemeinderat vier Wochen zur allgemeinen Einsichtnahme im Rathaus auf. Was allerdings fehlt, ist eine rechtzeitige Information aller Betroffenen in dem jeweiligen Gebiet. Derzeit erfährt von der beabsichtigten Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans in seinem Wohngebiet nur, wer zufällig den Anschlag in seinem Bezirksamt oder die Einschaltung im Amtsblatt der Stadt Wien oder in der Wiener Zeitung liest.

Wenn also überhaupt, so erfährt der interessierte Bewohner frühestens vier Wochen vor der Beschlußfassung im Gemeinderat von der beabsichtigten Änderung des Planes in seinem Gebiet. In dieser Zeit soll er sich schnell seine Gedanken dazu machen und kann diese - sofern sie von dem zuständigen Beamten auch angenommen werden - im Rathaus abliefern. Daß diese Annahme der beabsichtigten Stellungnahmen gar nicht so selbstverständlich ist, zeigten einige Kontrollbesuche in der da-

für zuständigen MA 21. Da versuchte man die Testbesucher, wenn sie eine Stellungnahme deponieren wollten, mit der Begründung: 'das sei nicht üblich' oder 'das sei ja nur für Liegenschaftseigentümer, aber nicht für Mieter von Nutzen', von ihrem Vorhaben - nämlich der Ausübung ihres Rechtes auf schriftliche Stellungnahme - abzubringen.

Für politische Aktionen, die eine umfassende Information der Betroffenen über die Folgewirkungen derartiger Planungen und die Möglichkeiten, sie zu beeinflussen voraussetzen, ist der Zeitraum von maximal vier Wochen meist zu kurz. Trotzdem sollten linke Organisationen die Gelegenheit zu derartigen Stellungnahmen nützen und dieses Verfahren zum Ausgangspunkt politischer Aktivitäten machen. Wenn auch zu fordern wäre, daß die Öffentlichkeit früher in den Planungsprozeß einbezogen werden sollte, so bietet das Verfahren doch einen der wenigen Ansatzpunkte im Planungsgeschehen, das nicht weiter eine Domäne der mit der Gemeindeverwaltung aufs engste kooperierenden Kapitalinteressen bleiben sollte.

W. Tief ■



Wer hat es nicht schon tausendmal gehört: das Märchen vom Unternehmerrisiko? Warum nenne ich es ein Märchen? Weil es nicht wahr ist! Wahr ist vielmehr: die Arbeiter und Angestellten tragen das Risiko. Solange ein Betrieb gut läuft, bekommen sie in Form von Prämien, Sozialleistungen und relativen Lohnerhöhungen ein bescheidenes Stück vom Kuchen zugeteilt. Vom Löwenanteil, den sich die Unternehmer mit der Geschäftsführung teilen, erfahren sie nicht einmal, wie groß er wirklich ist. Geht's dann einmal schlechter, weil zu wenig Absatz vorhanden ist oder weil durch Fehlinvestitionen bzw. durch fehlende Investitionen zu teuer produziert wird und der Gewinn für die Chefs kleiner zu werden droht, dann wird eingespart. Wo? Erraten: bei den Personalkosten. Kündigungen, Abbau von Sozialleistungen und Reallohnverlust treffen ausschließlich die Arbeiter und Angestellten. Und ist damit der Profit noch immer nicht zu halten, so wird zugesperrt, verkauft, in den Ausgleich gegangen, Konkurs angemeldet oder Krida gemacht. Das Ergebnis ist immer das gleiche - die Rechnung bezahlen die "Mitarbeiter".

Ich übertreibe? Das war einmal so? Nun gut, sehen wir uns die Ereignisse der letzten Wochen etwas näher an:

Vereinigte Nahrungsmittelindustrie (Ankerbrot) - rund 70 Beschäftigten soll gekündigt werden. Die bisherigen Sozialleistungen sollen radikal beschnitten werden. Überstunden sollen eingestellt werden. In den Lieferwagen soll nur mehr ein Mann die Arbeit von bisher zwei machen. Der Sportverein soll aufgelöst werden. Ankerbrot-Aufsichtsrat Philipp Schoeller (ja der

Schoeller): "Die Verhandlungen mit dem Betriebsrat laufen sehr sachlich. Es sollte etwas herauskommen, wir müssen unbedingt herunter mit den Kosten".

Austria-Tabakwerke AG - obwohl die Bilanz für 1977 positiv ausgefallen ist, versuchte die Direktion die jährliche Produktivitätsprämie (ein Teil des Jahresgehaltes) wesentlich zu kürzen. Dies konnte nur durch eine spontane Arbeitsniederlegung im Linzer Werk verhindert werden.

Neusiedler AG Papierfabriken in Kematen und Hausmenning -

bis zum Jahresende 1978 sollen 200 Beschäftigte aus Einsparungsgründen abgebaut werden. Gleichzeitig werden unheimlich viel Überstunden gemacht. Viele Arbeiter wagen es nicht, wenn sie krank sind, in den Krankenstand zu gehen - aus Angst, gekündigt zu werden. Uns ist ein Fall bekannt, in dem sich ein Arbeiter kurzfristig Urlaub nahm, um eine Krankheit auszuheilen. Er befürchtete, als kränklich zu gelten und abgebaut zu werden. Weiters wurde das Heizmaterialdeputat, das am 1. März ausgezahlt werden sollte, vorläufig bis Oktober zurückgestellt und der Zuschuß zum Betriebsausflug gestrichen. Und nun ein Wort zum Risiko der leitenden Herren: Innerhalb von drei Jahren hatte die Neusiedler AG drei Direktoren. Jeder der drei erhielt, als er ging, eine Abfertigung, und zwar zwischen 1,7 und 4,5 Millionen Schilling.

Verstaatlichte Industrie: Sicher ist im verstaatlichten Bereich die Situation etwas anders. Sicher wird hier viel mehr für die Arbeitsplatzzerhaltung und für die Sicherung sozialer Errungenschaften getan als im privatkapitalistischen Bereich. Das wollen wir in keiner Weise infrage stellen, im Gegenteil: der Ausbau der verstaatlichten Industrie ist eine Notwendigkeit. Aber auch hier wird es deutlich: das Risiko tragen die Arbeiter, und zwar gleich

doppelt; als Steuerzahler tragen sie die Kosten der Arbeitsplatzsicherung, und wenn das alles nichts mehr nützt, verlieren sie ihre Arbeitsplätze. So wie die Stahlarbeiter der VEW in Judenburg und die Kumpel des Bergbaus in Fohnsdorf. Beide Betriebe sollen in nächster Zeit geschlossen werden. Die beiden Gemeinden liegen in unmittelbarer Nachbarschaft, und es gibt kaum eine Familie in dem Gebiet, die nicht davon betroffen ist. Geradezu wie Hohn klingt es, wenn der SP-Betriebsratsobmann von Fohnsdorf gegenüber der Presse an Erfolgen anführt, daß ihm Kreisky zusicherte, die Knappenmusikka-

alltägliche

pelle auch ohne Bergwerk zu erhalten.

Im Mödlinger Werk des westdeutschen Metallwarenkonzerns Koenig und Bauer führte im März ein zweitägiger Streik der 300 Beschäftigten zu einem bescheidenen finanziellen Erfolg. Drei Jahre hintereinander wurde der Betriebsrat bei der Geschäftsführung



mit der Forderung um eine innerbetriebliche Lohnerhöhung vorstellig. Dreimal sagte die Direktion nein. Dieses Jahr war die Geduld der Arbeiter zu Ende. Nach der Streikankündigung bot die Direktion eine einmalige Zahlung von 500,- S. pro Mann, später 800,-,

das war unannehmbar. Die Forderung der Belegschaft lautete 6 % Lohnerhöhung, der Streik begann. Zwei Tage wurde gestreikt. Dann nahmen die Streikenden ein Angebot von 1.500,- S pro Person, eine einmalige Zahlung, an. Am dritten Streiktag nach der Betriebsversammlung am Morgen wurde der Ausstand beendet. Hauptgrund für den Streikabbruch war nicht ein durchschlagender Erfolg (verglichen mit der 6 %igen Forderung, die ohnehin sehr "realistisch" war, sind die 1.500,- S ziemlich bescheiden), sondern das Verhalten der Gewerkschaft. Vom ersten Moment an verweigerte die Me-

einen Schatten bei einem Präsenzdiener fest - TBC-Verdacht! Das Kasernenkommando wurde informiert und der junge Mann ("Ansteckungsherd") "aus der Truppe entfernt" (Aussage des Oberst Föllinger). Seine Kleidung blieb in der Kaserne und seine Bettwäsche (lt. Aussage seiner Kameraden) im Bett. Noch in der gleichen Nacht schlief ein anderer Soldat darin. Im Allgemeinen Krankenhaus Linz bestätigte sich der Verdacht - hochinfektiöse offene Lungen-TBC. Jeder Kontakt mit dem Patienten bedeutet höchste Ansteckungsgefahr. Von den 300 Mann, die mit dem

Arzt zu melden. Von diesem Gespräch erfuhr Vizeleutnant Hofer - zwei Stunden später war Krejci im Kasernengefängnis. Am nächsten Tag wurde er unter dem Verdacht der Aufwiegelei stundenlang verhört.

Unmittelbar danach wurden doch noch 180 Soldaten untersucht - bei zwei von ihnen wurde eine TBC-Ansteckung festgestellt. Krejci wurde zwei Wochen später als gesundheitlich vollkommen untauglich aus dem Heer entfernt...

Klagenfurt-Khevenhüller-Kaserne: 6. März: Der stellvertr. Kompaniechef, Leutnant Peter Logar (Jahrgangsbester der Militärakademie), machte in seiner Kompanie die abendliche Zimmerkontrolle. Er entdeckte nichtgeleerte Papierkörbe und halbvolle Aschenbecher und befiehlt: "Alle Betten und Spinde (also die gesamte Zimmereinrichtung) in den Kasernenhof bringen, dort alles gründlich reinigen und dann die Nacht im Hof verbringen!" Die Rekruten glaubten zu träumen und fragten nach dem Kompaniechef. Der war auf Urlaub. Also verlangen sie den Befehl schriftlich. Leutnant Logar gibt den Befehl tatsächlich schriftlich. 90 Mann schleppen ihre Betten, Matratzen, Bettzeug und Spinde mit Inhalt über zwei Stockwerke hinab in den teilweise verschneiten Hof. Kurz darauf beginnt es zu regnen, Leutnant Logar stört das nicht. In der Zwischenzeit gelang es einigen vifen Wehrmännern, ihre Angehörigen telefonisch zu benachrichtigen. Diese verständigten das Militärkommando Kärnten. Erst nach dessen Eingreifen ordnet der Leutnant den Abbruch der Strafaktion an. Die Soldaten durften das Mobiliar wieder in ihre Zimmer schleppen.

Kommentar des Oberstleutnant Schüttelkopf vom Militärkommando: "Wir kennen keinen zweiten Fall, von solch übertriebener Gründlichkeit. Das war ein unkluger Befehl."

Ich kenn' keinen zweiten Fall von solch übertriebener Verniedlichung. Ich meine, daß Leutnant Logar gesundheitlich (geistig, seine körperliche Verfassung kenne ich nicht) vollkommen untauglich für ein demokratisches Heer ist.

Herbert Brunner

geschichten

tallarbeitergewerkschaft jede Unterstützung, und am zweiten Tag übte sie offenen Druck auf die Streikenden aus, damit sie den Streik beenden. Offizielle Begründung: der Streik störe die demnächst beginnenden KV-Verhandlungen. Kein Wunder bei einer Gewerkschaft, die in eben diesen Tagen voller Stolz verkündet, daß es 1977 nur einen einzigen Streik von 23 Angestellten zwei Stunden lang gab. Ein "Erfolg", über den sich unsere Unternehmer und die ausländischen Konzerne sicher freuen werden. Auch Koenig & Bauer können sich bei der Gewerkschaft dafür bedanken, daß sie so billig davongekommen sind. Aber immerhin: 1.500,- S statt 500,- S sind schon einen Streik wert. Die Koenig & Bauer-Arbeiter können es bestätigen. Natürlich hat keine Zeitung (außer der Volksstimme) darüber berichtet. 1979 wird die Streikstatistik für 1978 5250 Streikstunden in einem Mödlinger Metallbetrieb ausweisen. Hoffentlich bleiben sie nicht die einzigen!

Was euch nicht umbringt, macht euch hart könnte das Motto zweier lustiger Geschichten aus unserem demokratischen Bundesheer sein.

Wien - Maria-Theresien-Kaserne: Das Gesundheitsamt der Stadt Wien stellte beim Lungenröntgen

Kranken Kontakt hatten, wurden nur 30 - davon 20 Offiziere - zu einer ärztlichen Untersuchung gebeten. Für die Mannschaften wurde dies nicht für notwendig befunden. Der Wehrmann, Kurt Krejci, ein stellvertr. Soldatenvertreter, fühlte sich verpflichtet, für die Gesundheit seiner Kameraden etwas zu tun. Er wollte sie wenigstens über die Gefahr informieren. Er hatte von dem Fall und seiner Gefährlichkeit erfahren. Nach dem Zapfenstreich trommelte er 70 Wehr-



männer zusammen und schlug ihnen vor, eine Untersuchung zu erzwingen. Es wurde beschlossen, sich am Morgen gemeinsam zum

„Ein bisschen ein Geschlechterkampf“

Es scheint, daß der Zeitpunkt der parlamentarischen Realisierung der Reform einiger Paragraphen des Ehegesetzes näherrückt. Schon vor 30 Jahren meinten Juristen, daß eine Reform zeitgemäß wäre.

Die Initiative zu dieser "kleinen" Reform ging nicht von den Frauen aus, sondern vom Justizministerium.

Dort scheute man wohl die Mobilisierung des katholisch gesteuerten "Volkszornes" wie bei der Fristenlösung und setzte nicht genug Vertrauen in das Interesse der Bevölkerung für Beseitigung des alten Verschuldensprinzips. Deshalb wurde ein zahmer Entwurf geboren, der das Schuldprinzip aufrecht läßt, auch keine echte einvernehmliche Scheidung bringt, aber zumindest nach Ablauf einer Frist die Scheidung ermöglicht. In Vermögensfragen scheint sich gar der Vorschlag der FPÖ durchzusetzen.

Dagegen wenden sich die weiblichen Abgeordneten - allerdings mit unterschiedlichen Blickwinkeln.

Trotz der Kompromißhaltung der Regierung waren und sind die Reaktionen, insbesondere des katholischen Lagers, das ähnlich wie bei der Fristenlösung die Grundfesten der Ordnung gefährdet sieht, recht heftig.

Broda: Das ist das Optimum

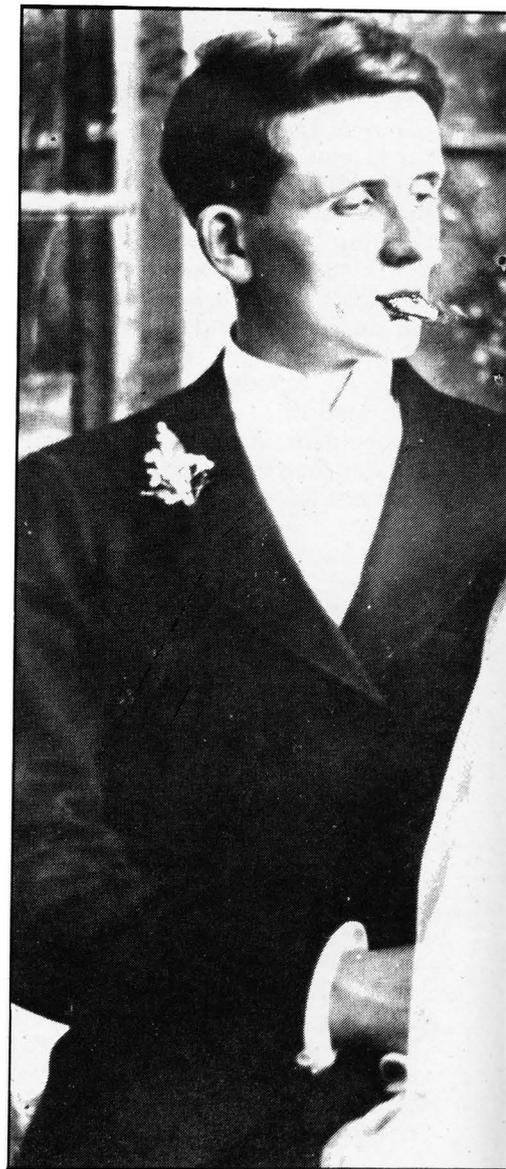
Die "einvernehmliche" Scheidung soll nach dem neuen Entwurf nach Trennung, Fristablauf und "Zugeständnis der Zerrüttung" durch den beklagten Ehegatten erfolgen, das Verschuldensprinzip bleibt unangetastet, die güterrechtlichen Fragen sind nach wie vor ungelöst. Dennoch ist Broda der Meinung, daß diese Reform frauenfreundlich ist und vorderhand ausreiche, denn sie löse zumindest zwei Hauptprobleme: die "einvernehmliche" und die Papierehen. Die Statistik scheint ihm recht zu geben: 80 % der österreichischen Ehen werden einvernehmlich geschieden, d. h. die Ehepartner spielen das "Scheidungs-theater": einer beschuldigt und der andere nimmt die Schuld auf sich.

Aber Leute, die nicht ein Jahr warten wollen, werden diese Show auch weiterhin abziehen müssen - trotz Reform.

Eine frauen-, männer-, eine menschenfreundliche Scheidung müßte den Eheleuten ermöglichen, nach einer Einigung über alle Scheidungsfolgen, wie Kindererziehung und Teilung des etwa vorhandenen Vermögens, unbevormundet den Willen zur Trennung zu erklären. Es ist auch nicht einzusehen, warum diese Scheidung nur im Klagewege erreicht werden kann. Eine vor dem Standesbeamten abgegebene, gemeinsame Erklärung müßte genügen.

Kritik von links und rechts

Der Großteil der Frauen und der sozialistischen Funktionärinnen



war von Anfang an mit der kleinen Scheidungsreform unzufrieden. Sie forderten die Ablösung des Schuldprinzips und die Schaffung einer einvernehmlichen, unbefristeten Scheidung. So die Sekretärin der Wiener SP-Frauen, Johanna Dohnal: "Wenn die Ehegatten sich einig sind, sollte das öffentliche Interesse ausschließlich dem Wohl der Kinder gelten; die Wartefrist bedeutet eine Bevormundung."

Sie und ihre Vorsitzende, die Abgeordnete Anneliese Albrecht fordern die gesetzliche Regelung des Erb- und Güterrechtes der Ehegatten als Voraussetzung für eine Einigung über das Scheidungsverfahren. "Keine Frau soll sich aus wirtschaftlichen Gründen an die Ehe klammern müssen." (Dohnal) Eine einvernehmliche Scheidung müsse



die vorherige Einigung über die Scheidungsfolgen beinhalten.

Die Junge Generation der SPÖ fordert, daß der Unterhaltsanspruch nach der Scheidung an bestimmte objektive Bedingungen geknüpft wird: die Betreuung der Kinder, Lebensalter, Beginn einer Ausbildung und Abschluß einer abgebrochenen Ausbildung. Eine weitere Forderung ist die eigenständige soziale Sicherung für Hausfrauen, etwa durch Abschluß einer Pflichtversicherung.

Diese Forderungen werden auch von der autonomen Frauenbewegung und den Kommunistinnen unterstützt.

Auch in der ÖVP sind die Meinungen gespalten: Marga Hubinek wagte einen Vorstoß in Richtung "Ein-

vernehmliche" (wenn auch mit verschärften Bedingungen - mindestens 1 Jahr Ehe und mindestens ein halbes Jahr Trennung, der Richter soll diese Frist noch um ein weiteres halbes Jahr verlängern können) und erntete damit keine Gegenliebe im katholischen Lager und bei Abgeordneten Hauser, die sich durchgesetzt haben und jetzt gemeinsam die "immaterielle Härteklausel" fordern. Herta Haider erklärt sich zwar im Prinzip mit Hauser einverstanden, meint aber auch, daß die "alten ÖVP-Funktionäre im Privatleben noch recht patriarchalisch" wären. Diese "immaterielle Härteklausel" bedeutet, daß der scheidungswillige Ehepartner (auch nach 5 Jahren Trennung) nachweisen muß, daß ihn die Aufrechterhaltung der Ehe viel härter treffen würde als den anderen die Scheidung. Das heißt, daß mit dieser Klausel wieder neue Papierehen geschaffen würden.

Es ist vollkommen unlogisch, was Kirche und ÖVP da fordern: einerseits behauptet man, daß materielle Gründe für die Aufrechterhaltung der Ehe nicht maßgeblich sein dürfen, aber (obwohl gerade die materielle Versorgung durch die Reform gewährleistet ist) andererseits ist gerade das, worum es Abgeordneten Hauser - laut Fernsehinterview - geht, nicht zu verhindern, nämlich daß etwa einem kranken Ehepartner Liebe und Fürsorge entzogen wird. Diese Härteklausel bedeutet nichts anderes als den Versuch, durch ein Hintertürchen wieder die Unauflöslichkeit der Ehe einzuschleusen.

Denn die *"Grundwerte der Gesellschaft, ohne die ein friedliches und glückliches Leben nicht möglich ist, dürften nicht durch die Reform des Scheidungsrechtes ausgehöhlt werden, die zwar Ehe und Familie, Treue und Vertrauen nicht ausdrücklich beschneide, ihnen aber in entscheidenden Punkten die staatliche Anerkennung versage. Die Meldezettelscheidung würde nur neues und größeres Unglück schaffen"* und *"das breite Öffnen der Tore zur Scheidung werde menschliche Bindungen voreilig zerbrechen lassen und damit viel mehr Leid für die Beteiligten, vor allem für die Kinder aus diesen Ehen bringen."* (Katholischer Laienrat)

Auch Kardinal König bereicherte die Scheidungsdiskussion um kraftvolle Aussprüche:

König: *"Eine Gesellschaft, in der sich die Familie auflöst, verfällt"* ▷

Worum es eigentlich geht:

Unser geltendes Scheidungsrecht ist eine Mixtur aus Verschuldens- und Zerrüttungsprinzip. Daran hält auch die "kleine" Scheidungsreform fest.

Geändert werden soll im wesentlichen der § 55 des geltenden Ehegesetzes, der nur dann eine Scheidung ermöglicht, wenn die häusliche Gemeinschaft wegen einer "unheilbaren Zerrüttung" seit drei Jahren aufgehoben ist und wenn der an der Trennung "Unschuldige" nicht widerspricht. Doch auch bei Widerspruch hätte geschieden werden können, wenn die Aufrechterhaltung der Ehe "sittlich nicht gerechtfertigt" gewesen wäre. Allerdings entschieden die Richter fast ausnahmslos zu Gunsten der Aufrechterhaltung der Ehe und schufen so die "Papierehen".

Die Neufassung dieses Paragraphen bringt nun die Möglichkeit einer Scheidung mit drei(!) verschiedenen Fristen; und unter verschiedenen Bedingungen:

Fall 1:

Die häusliche Gemeinschaft ist seit einem Jahr aufgehoben, das eheliche Verhältnis muß "unheilbar zerrüttet" sein und der beklagte Ehegatte muß die Zerrüttung zugestehen. Das ist die fälschlicherweise als "einvernehmliche" Scheidung bezeichnete Version. Fälschlicherweise deshalb, weil es eben nicht nur auf das Einvernehmen der Partner ankommt, sondern auch auf Fristablauf und "Zugeständnis der Zerrüttung".

Fall 2:

Fehlt das Zugeständnis der Zerrüttung, kann die Ehe auch ohne dieses Zugeständnis nach drei Jahren geschieden werden, wenn zu erwarten ist, daß eine dem Wesen der Ehe entsprechende Lebensgemeinschaft nicht wieder hergestellt werden kann. Der geschiedene Ehepartner hat Unterhaltsansprüche nur, insoweit ihm (ihr) Erwerbstätigkeit nicht zugemutet werden kann (nicht berufstätige Ehefrau über 40, oder Frauen mit Kindern unter 10 Jahren).

Fall 3:

Wenn derjenige Ehepartner, der die Zerrüttung hauptsächlich "verschuldet" hat, sich scheiden lassen will, kann der an der Zerrüttung "Schuldlose" widersprechen. Nach fünf Jahren Trennung hat dieser Widerspruch jedoch keine Wirkung mehr, die Ehe wird geschieden. Jedoch behält der gegen seinen Willen geschiedene Ehepartner seinen Unterhaltsanspruch so, als wäre er nicht geschieden. Das gilt auch für die Pension (Witwenpension). Ein heiratswütiger pensionsberechtigter Mann kann nach dieser Version theoretisch alle paar Jahre eine voll pensionsberechtigten "Geschiedene" produzieren und dieser "Scheidungsshare" soll von der Sozialversicherung finanziert werden.

der Barbarei. Dieser Staat verfällt mit innerer Notwendigkeit dem Chaos oder einer totalitären Form von Gewaltregierung. Am Ende einer solchen Entwicklung steht der ganz vereinsamte Mensch, isoliert bis zur tödlichen seelischen Nacht, verängstigt und bedroht, verzweifelt und empört, gewalttätig, gierig und süchtig, seelisch krank.“

Die Katholische Aktion erstellte ein Vier-Punkte-Programm: eine neue Fristenlösung im Sinne einer Scheidungsautomatik sei unzumutbar, für eine viel umfangreichere Absicherung der Betroffenen müsse gesorgt werden (was auch immer damit gemeint ist), alle Bildungsträger müßten ehebereitende und ehebegleitende Hilfen zur Konfliktlösung bereitstellen und die Christen werden aufgefordert, der Frohbotschaft entsprechend zu zu leben.

Anna Enzinger vom steirischen Diözesanrat sorgt sich um die 100.000 ledigen Mütter mit Kindern unter 15 Jahren und um die jugendlichen Kriminellen, die 'nicht intakten Ehen' entspringen (wobei sie offenbar davon ausgeht, daß Ehen dann intakt sind, wenn sie juristisch bestehen). Sie führt an, daß "Ehescheidung ein häufiger Grund für Selbstmord ist", ohne zu fragen, wie oft die unauflösbare Ehe ein Selbstmordgrund ist. Aus all diesen Sorgen heraus möchte das katholische Lager auch gleich im kirchlich ausgerufenen Jahr der Familie 1978 Ehe und Familie verfassungsrechtlich verankern. Was bedeuten könnte, daß dann alle möglichen behaupteten Verletzungen eines "Rechtes auf Ehe und Familie" genauso klagbar wäre wie etwa das Recht auf Eigentum.

Drei SP-Frauen entfesseln Sturm im Wasserglas

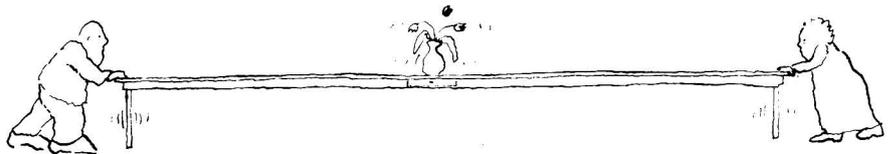
In diese Auseinandersetzungen bringen die drei SP-Abgeordneten, Erika Seda, Beatrix Eypeltauer und Jolanda Offenbeck, einen interessanten Akzent. Nach scheinbarer Einhelligkeit im Bundesfrauenausschuß traten sie plötzlich an die Öffentlichkeit und verlangten vehement den unbedingten unterhaltsrechtlichen Vorrang der

Erstfrau gegenüber der Folgefrau. Unter dem Motto: die zweite hat ja gewußt, worauf sie sich einläßt. Broda murrte, daß die Ehe ja kein Grundbuch sei, wo das Zuvorkommen den Ausschlag gibt. Herta Firnberg gibt zu bedenken, daß Emanzipation eben auch Verlust von Privilegien bedeuten könne.

Ungewohnte Worte des Verständnisses findet die Vorsitzende der ÖVP-Frauen, Herta Haider. Auch Marga Hubinek unterstützt und ergänzt die Forderung der drei SP-Frauen.

Jolanda Offenbeck argumentiert zwar richtig, daß der Durchschnittsmann wohl kaum zwei Frauen erhalten könne, setzt aber nicht hinzu, daß in der Durchschnittsfamilie häufig weder die Erst- noch die Folgefrau Unterhalt bekommen.

Sie ist auch aus anderen Gründen mit der Teilreform unzufrieden: Wegen der jetzigen "absurden" Lösung, daß es zwei Klassen von geschiedenen Frauen gibt: wenn ein Mann seine Frau so lange schlägt, bis sie es satt hat und sich scheiden läßt, ist sie schlechter gestellt als die Ehefrau, die genug Beharrungsvermögen hat, um der Scheidung zu widersprechen. Dafür (zu unrecht) muß sie sich aus den SP-Reihen gefallen lassen, daß ihre Ansichten ja konservativer seien als die des Dr. Hauser.



Beatrix Eypeltauer hält die einvernehmliche Scheidung überhaupt für entbehrlich, warnt vor dem Übergang vom Verschuldens- zum Zerrüttungsprinzip. Ihrer Meinung nach würde das in der letzten Konsequenz dazu führen, daß eine Frau, die ihren Mann verläßt, von diesem auch noch Unterhalt bekommt, weil sie ein Kind hat! Auch sie fordert den unbedingten unterhaltsrechtlichen Vorrang der Erstfrau.

Schließlich einigte man sich auf eine Unformulierung, die aber praktisch keine Änderung bedeutet. Auch die AZ sieht diese neue Billigkeitsklausel bloß als "Achtungserfolg" für die Abg. Seda, Eypeltauer und Offenbeck.

Was dahinter steht

Zu der von den drei SP-Frauen aufgeworfenen Problematik der alten, alleingelassenen Erstfrau ist einiges zu sagen. Einerseits stellt sich die Frage, welche Frauen geschützt werden sollen: Wohl kaum jene der unteren Einkommensschichten. Diese Frauen erhalten sich zumeist sowohl vor als auch nach der Scheidung selbst. Gleichgültig, ob sie nun Erst- oder Zweitfrau sind, reicht das Einkommen des Mannes bestenfalls für die Unterhaltsansprüche der Kinder.

Andererseits wäre es unfair, nicht zuzugeben, daß viele gutsituierte Ehefrauen von ihren Männern veranlaßt wurden, "Nurhausfrau" zu sein und nach langem Hausfrauendasein kaum in der Lage sind, wieder berufstätig zu werden. Das Argument, daß der Ehemann den Aufstieg wohl kaum geschafft hätte, wenn er nicht zuhause eine treusorgende Gattin gehabt hätte, die ihm allen unangenehmen "Kleinkram" abnahm, ist nicht von der Hand zu weisen.

Aber das Verständnis für diese Problematik wird gedämpft, hört man ÖVP-Bundesrätin Edda Egger gegen die Auflösbarkeit der Ehe argumentieren: "Jede Frau muß sich dann sagen, 'da ich ja irgendwann gegen meinen Willen geschieden werden kann, muß ich

s e l b s t für meine Zukunft vorsorgen, m u ß ich auch während der Ehe (!) berufstätig bleiben'. Das bedeutet ein Signal, daß eine neue Form der Sklaverei geschaffen ist. Berufstätigkeit neben Familie kommt infolge der Doppelbelastung der Sklaverei gleich!"

Die berechtigte Forderung nach unterhaltsrechtlichen Schutz der älteren Hausfrau, deren Ehemann sie nach dreißigjähriger Ehe einer jüngeren zuliebe verläßt, kann eben nicht zu einer moralischen Frage erhoben und vom Gesetzgeber durch eine prinzipielle Bevorzugung der Erstfrau honoriert werden, sondern muß sich vielmehr in einer geänderten Sozialgesetzgebung niederschlagen (z. B.

Sozialversicherung für Hausfrauen).

Es muß in aller Deutlichkeit gesagt werden: Ehe ist heute und morgen keine Versorgung. Frauen, die auch in Zukunft "ihre" Familienpflichten zu allererst vor ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit reißen, werden benachteiligt, wenn ihre Ehe (in Wien jede vierte) zerbricht.

Der Pakt mit der FPÖ ist ein schlechtes Geschäft für die Frauen

Die FPÖ zeigte sich den Reformplänen Brodas gegenüber sehr aufgeschlossen, unter der Bedingung, daß er sich den erb- und vermögensrechtlichen Ansichten Brösigkes zugeneigt zeigt:

Kein Pflichtteil für Ehegatten und vor allem keine Halbierung des in der Ehe erworbenen Vermögens (was die Familienrechtsreform und die ersten Entwürfe zum ehelichen Güterrecht zweifellos anpeilten), sondern eine feinsäuberliche Trennung in zwei Vermögensmassen. Das Gebrauchsvermögen, das ist der Hausrat, das Sparkonto, das Auto, die Wohnung etc. - das soll geteilt werden. Das Betriebsvermögen soll von der Teilung ausgeschlossen sein, für ihre Mitarbeit soll die Frau nur eine "angemessene Abgeltung" verlangen können und das für sage und schreibe (jeweils) drei Jahre rückwirkend.

Wenn man sich ausmalt, daß die solcherart Betrogene auch die auf dem Hof ihres Mannes schwer rackernde Bäuerin oder die Greiß-



lerin ums Eck ist, die von 7 Uhr bis 19 Uhr im Geschäft des Gatten steht, mittags für die Familie kocht und am Wochenende die Hausarbeit allein erledigt und dafür nicht einmal vom Gatten sozial- und pensionsversichert wird, wird deutlich, daß von einer frauenfreundlichen Lösung nicht viel zu sehen ist.

Das dürfte Johanna Dohnal vorausgesehen haben, als sie vor der Lösung der Scheidungsverfahrensfragen die weit wichtigere güterrechtliche Regelung forderte.

ÖVP-Hauser, der im Justizausschuß dieser Lösung ebenfalls zustimmte und dafür von einigen Frauen seiner Partei kritisiert wurde, meinte dazu schmunzelnd: "Das Güterrecht ist ein bisschen ein Geschlechterkampf"

Wenn die Reform so aussieht, wie sich jetzt ankündigt: "einvernehmliche" Scheidung mit Bevormundungsfristen, Aufrechterhaltung des Verschuldensprinzips und der Papierehen, vollkommen unbefriedigende Lösung der vermögensrechtlichen Seite, ist sie unzumutbar für Frauen.

Diese Scheidung wollen wir nicht!

Inge Rowhani

Sehr real, dieser Sozialismus

1974 konnte Friedrich Peter als Mitglied einer Regierungsdelegation das KZ Auschwitz, die "Wirkungsstätte" seiner SS-Kameraden, problemlos besuchen. Anders erging es dem ehemaligen KZ-Häftling Hermann Langbein, als er Ende März 1978 als Mitglied einer österreichischen Delegation der Eröffnung der Österreich-Gedenkstätte im ehemaligen Auschwitz beiwohnen wollte.

Polnische Grenzbeamte teilten ihm mit, er sei "unerwünscht" und wollten ihn - offenbar auf Weisung an der Einreise hindern. Hermann Langbein war im KZ Auschwitz leitendes Mitglied der internationalen Widerstandsgruppe. Nach dem Krieg kämpfte er weiter gegen Ehemalige und Nichteomalige als Generalsekretär des "Internationalen Auschwitz-Komitees". Die Niederschlagung des Arbeiteraufstandes 1956 in Ungarn durch sowjetische Truppen führte zu seinem Austritt aus der KPÖ. In der Folge scheute er auch nicht vor Kritik an antisemitischen Tendenzen in Ländern des "realen Sozialismus" zurück. Als Sekretär des "Comite International des Camps" kritisierte er die polnische Regierung, nachdem 1968/69 die Rebellion polnischer Intellektueller als "Werk jüdischer Kreise" bezeichnet und entsprechend bekämpft wurde.

Erst nach massiven Protesten und der Drohung, die gesamte Delegation werde umkehren, sollte Langbein die Einreise verwehrt werden, lenkten die polnischen Behörden ein. Langbein konnte einreisen und an der Eröffnung teilnehmen.

Äußerst real, dieser Sozialismus.

K.L.

Frauenzimmer

Ein Buchcafé für Frauen
Lange Gasse 11
1080 Wien
Tel. (0222) 43 96 685

Buchhandlung:
Mo bis Fr, 10 bis 18 Uhr
Sa, 10 bis 13 Uhr



Kaffeehaus:
Di bis Sa, 12 bis 24 Uhr

Abschlüsse nach dem Anschluß

So viel, wie rund um den 40. Jahrestag des "Anschlusses" wurde schon lange nicht über Österreichs Vergangenheit geredet und geschrieben. Feierlichkeiten zu Jahrestagen haben viel Positives an sich. Es wird, oft erstmals seit Jahren - gerade wenn es um die braune Epoche geht - ein wichtiges Thema in breiter Öffentlichkeit behandelt. Und es wird, wie gerade bei den Gedenkfeiern zum Jahrestag des deutschen Einmarsches, deutlich, was Österreichs "hauseigene" Geschichtsschreibung alles "vergessen" hat. Nicht nur, daß ausgerechnet Renner, dessen "Ja" zum Anschluß nun allgemein bekannt sein dürfte, als Bekenner zur österreichischen Nation zitiert wird. Nicht nur, daß in der vom Bundeskanzler vorgestellten Geschichtsbroschüre für Schüler Österreich 1938 als DEMOKRATISCHES Land - von faschistischen Staaten umzingelt - dasteht. Völlig ausgeblendet wurde bei allen Betrachtungen die wohl wichtigste Ursache des Anschlusses - die deutsche Wirtschaftsexpansion. Darüber folgender Bericht:

"Österreich ist nicht nur ein schönes, sondern auch ein reiches Land"

Der deutsche Wirtschaftsdiktator, Hermann Göring, der sich anlässlich der Übernahme des Goldschatzes der österreichischen Nationalbank durch das Deutsche Reich zu der oben zitierten Äußerung hinreißen ließ, wußte, wovon er sprach. Riesige Goldbestände, Devisenvorräte, Clearinggutvorhaben u.a.m. im Wert von insgesamt 2,6 Milliarden Goldschilling, für deren Anhäufung hunderttausende Österreicher mit Arbeitslosigkeit bezahlt hatten, wanderten in die Taschen des nationalsozialistischen Staates. Aber was die staatlichen und privaten Raubritter an Österreich noch anziehender fanden, waren die natürlichen und wirtschaftlichen Ressourcen: Das steirische Eisenerz, die Magnesit-, Graphit- und Erdöllager, die Waldbestände - alles Rohstoffe, die Deutschland importieren mußte (und wegen des drückenden Devisenmangels immer schwerer einführen konnte); die unausgenützten Reserven an Wasserkraften,

die Produkte der österreichischen Landwirtschaft, die brachliegenden Industriekapazitäten: und nicht zuletzt ein riesiges Reservoir an unbeschäftigten qualifizierten Arbeitskräften.

Es ist viel zu wenig bekannt, wie angespannt die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu Beginn des Jahres 1938 war und daß die ökonomischen Zwänge den Anstoß zur Annexion Österreichs gaben. Daß die Wirklichkeit manchmal (nicht immer) so "monokausal" ist, war den Veranstaltern der märzlichen Ideologietage denn auch zum Verschweigen peinlich. Die handfesten wirtschaftlichen Hintergründe des "Anschlusses" kamen nirgendwo zur Sprache, damit nur ja nicht die heilige privatwirtschaftliche Kuh (die uns alle melkt) ihren Glorienschein verliere.

Die wirtschaftlichen Aspekte der Annexion Österreichs liefern ein Musterbeispiel dafür, wozu die angeblich frei Marktwirtschaftenden fähig sind, wenn sie von allen - wenn auch nur bürgerlich-demokratischen - Fesseln einmal befreit sind. In einem Land wie dem unseren freilich, wo antifaschistische

Erziehung und Aufklärung nie großgeschrieben war, wurden die inneren Zusammenhänge zwischen Faschismus und Kapitalismus so gründlich verdrängt, daß ein Hinweis darauf bloß Ressentiments gegen die "monokausale" Betrachtungsweise des Störenfrieds hervorruft. Der Faschismus erscheint den Ideologen unseres Gesellschaftszustandes im besten Fall als Werk bestialischer Machtmenschen, die natürlich auch auf wirtschaftlichem Gebiet gewütet haben: Göring gierte nach österreichischem Erz, Hitler war scharf auf Strom, und Himmler trieb's gar mit den Fichten. Die nationalsozialistischen Bösewichte schickten die Juden, so kann man hören, nicht bloß in die Gaskammern, sie vergriffen sich auch an jüdischem Eigentum. Aber so widerlich gerade die "Arisierungen" waren, sie bildeten nur einen Aspekt der Ausplünderung Österreichs im Dritten Reich.

Staatliches Kapital...

Den Vortritt beim Erraffen österreichischer Unternehmen hatte der NS-Staat. Am 19. März 1938 gab das Reichswirtschaftsministerium eine Verordnung heraus, auf Grund welcher auch deutschen Firmen die Errichtung und der Kauf von Betrieben in Österreich untersagt wurde. Die deutschen Machthaber als Schutzengel der österreichischen Unternehmer? Mitnichten! Hermann Göring verschaffte sich auf diesem Weg einen genauen Überblick über die österreichische Industrie und konnte so für seinen Rüstungskonzern jene Betriebe auswählen, die kriegswirtschaftlich von besonderer Bedeutung waren. Was danach als Beute übrigblieb, konnte unter den deutschen Großkonzernen verteilt werden: Mitte April wurde ein Gesetz zum "Schutz" der österreichischen Wirtschaft erlassen, das "Ausnahmen" von der Märzverordnung vorsah. Daß diese Ausnahmen von vornherein eingeplant waren, kann nur Naive in Erstaunen versetzen. Wie die Heuschrecken waren die Sendlinge des deutschen Kapitals als Nachhut der deutschen Gruppen in Österreich eingefallen und hatten den neuen Machthabern die Liste jener Unternehmen übergeben, die sie ihren Konzernen anzugliedern wünschten. Wo die deutsche herrschende Klasse hintrat, sollte kein eigenständiges kapitalistisches Pflänzchen mehr wachsen.

...und Finanzkapital voran

Eines der ersten Opfer des deutschen Raubzugs war die größte österreichische Bank, die *Creditanstalt-Bankverein*, die innerhalb der heimischen Volkswirtschaft eine strategische Schlüsselposition einnahm: Sie war an beinahe allen größeren österreichischen Industrieunternehmen beteiligt – man schätzt, daß die CA zwei Drittel bis drei Viertel der Industrie kontrollierte – und besaß Konzernunternehmen auch in Polen, der Tschechoslowakei sowie auf dem Balkan. Da sich der Großteil des Aktienkapitals der Bank im Besitz des österreichischen Staates und der Nationalbank befanden hatte und somit automatisch in deutsche Hände fiel, brauchte man bloß noch zwei andere Großaktionäre (die Pensionserfüllungskasse der CA und die Österreichische Realitäten AG) zum Verkauf zu "überreden" und schon hatte der deutsche Staat drei Viertel des Bankkapitals "erworben". (Später ging die Aktienmehrheit an die *Deutsche Bank A.G.* über, die damit – so die Festschrift "100 Jahre Deutsche Bank" – einen Akt des antifaschistischen Widerstandes setzte) Wie antifaschistisch die Deutsche Bank bereits im März 38 war, kann man daraus ersehen, daß zwei Vertreter des Bankhauses in Begleitung eines Abgesandten der "Reichsgruppe Banken" bereits wenige Tage nach dem Einmarsch in Wien auftauchten, um die NS-Behörden bei der Auswechslung der Führungsgarnitur der CA zu beraten.

Nicht weniger zimperlich verfuhr die Nazi mit der in französischen Händen befindlichen *Länderbank*. Gleich nach der Annexion erschienen der Direktor der Reichsbank sowie die Herren Dr. Raschke und Dr. Pilder vom Vorstand der *Dresdener Bank* in Wien, um sich mit der *Länderbank* zu befassen. Im Vorrübergehen nahmen die Herren von der Wiener Filiale der *Zivnostenska Banka* (Prag) Besitz und vereinigten die beiden Institute mit der von der Dresdener Bank kontrollierten *Mercurbank* zur "Länderbank A.G.". (Natürlich erst, nachdem die bewußte Verordnung vom 19. März aufgehoben worden war.)

Von den kleineren Banken, die germanisiert wurden, wollen wir

gar nicht reden. Die Inbesitznahme der Banken bildete das Vorspiel zum Run auf die österreichische Industrie. Anlässlich einer Dampferfahrt auf der Donau am 25. März 1938 wurden unter dem Vorsitz Hermann Görings die Interessensphären aufgeteilt. Was auf dem illustren Ausflug besprochen wurde, können wir am Ergebnis der Entwicklung ablesen: Die "Reichswerke A.G. Hermann Göring" preßte der Creditanstalt



zu einem Spottpreis (die reichseigene "Deutsche Revisions- und Treuhand A.G." führte die Bewertung der Aktien durch, formal war somit alles in Ordnung) folgende Unternehmen ab:

Steyr-Daimler-Puch A.G.
Steirische Gußstahlwerke A.G., Judenburg
Feinstahlwerke Traisen A.G.
Maschinen- und Waggonbau A.G., Simmering (später an die *Klöckner-Humboldt-Deutz A.G., Köln* abgetreten)
Kärntnerische Eisen- und Stahlwerke A.G.
Schiffswerfte Linz A.G.

Als Draufgabe "erwarben" die Göringwerke die *Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft* – eine Erfüllung der geheimsten persönlichen Wünsche Hermanns und Adolfs – und die *Continentrale Motorschiffahrts-Gesellschaft*.

Ein Vertreter des deutschen Kapitals nach dem anderen erschien in Wien, um – unter Berufung auf Görings oder eines anderen Führers Protektion – den "Kauf" passender Unternehmen zu begehren. Nur die markantesten Fälle können hier erwähnt werden:

Die *Friedrich Krupp A.G.* in Essen hatte bereits vor der Annexion ein Auge auf die *Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp A.G.* geworfen. Die Aktienmehrheit dieses rein österreichischen Unternehmens (rund 87 %) lag in den Händen der Creditanstalt. Nach dem 13. März erschien Claus Krupp von Bohlen und Halbach in Wien, um am allgemeinen Ausverkauf der österreichischen Industrie teilzunehmen. Da die CA selbst unter der neuen nationalsozialistischen Leitung sein niedriges Angebot ablehnte, intervenierte im Mai 1938 Hermann Göring höchstpersönlich: Er habe Herrn Krupp von Bohlen und Halbach versprochen, die Berndorfer-Aktien erwerben zu dürfen. Unter Hermanns Druck willigte die CA schließlich in den Verkauf des Unternehmens ein.

An der *Teudloff-Vamag Vereinigte Armaturen- und Maschinenfabriken A.G.* war die CA zu 51 % beteiligt. Das Unternehmen mit seinem modernst eingerichteten Schwerarmaturenwerk war 1934 von der Bank saniert worden. Kurz nach dem Einmarsch tauchten in Wien Vertreter der *Vereinigten Armaturen Ges.m.b.H., Mannheim* auf und forderten – unter Berufung auf eine Zusage des Reichswirtschaftsministers – die Überlassung der Aktienmehrheit der Vamag. Um ihren Wünschen den nötigen Nachdruck zu verleihen, schalteten die Mannheimer Emissäre den Gauleiter Bürckel ein. Der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten.

Heim ins Reich der deutschen Konzerne folgten unter anderem noch folgende Unternehmen der Maschinen- und Metallwarenbranche: Die *Maschinenfabrik Andritz A.G.* ging an die *Demag A.G., Duisburg*, über, die *Böhlerwerke* (deutscher Anteil vor 1938 39,5 %) gelangten in die Hände des *Deutschen Stahlvereins*, die *Landwirtschaftliche Maschinenfabrik Hofherr-Schrantz-Clayton-Shuttleworth A.G.* wurde von der *Lanz A.G., Mannheim* übernommen. Der Konzern der *Hirtenberger Patronenfabrik*, dessen Besitzer, der berüchtigte Austrofaschist Fritz Mandl, geflohen war, wurde der *Wilhelm-Gustloff-Stiftung, Weimar*, angegliedert. Zu einschneidenden Besitzveränderungen kam es auch im Bergbau, im Bauwesen, in der Elektroindustrie (die *Elin A.G.* wurde von der

Deutschen Continental Gasgesellschaft, Dessau verschluckt) usw. Natürlich durfte auch die berüchtigte I.G.-Farben bei der Ausplünderung Österreichs nicht fehlen. Die I.G.-Farben hatte bereits im Jahr 1937 versucht, in der österreichischen chemischen Industrie Fuß zu fassen, war aber am Widerstand der CA gescheitert. (Die CA kontrollierte den größten österreichischen Chemiekonzern, die Pulverfabrik Skodawerke-Wetzler A.G.) Nach der Annexion waren die Bemühungen der I.G.-Farben natürlich erfolgreicher: die Nazigrößen Keppler und Raffelsberger legten ein gutes Wort ein und im Oktober 1938 gab die Creditanstalt ihre 88 %-Beteiligung an der Wetzler A.G. ab. (Die "Deutsche Revisions- und Treuhand A.G. arbeitete einen genehmen Kaufpreis aus.) Auf ähnlichem Weg erwarb die I.G.-Farben noch andere chemische Fabriken in Österreich und schloß sie zur "Donau-Chemie A.G." zusammen. Die Genehmigung zur Fusion war von den zuständigen NS-Behörden bereits Anfang Juni 1938 erteilt worden, also noch bevor die I.G.-Farben überhaupt die Mehrheitsbeteiligung an der Skodawerke-Wetzler A.G. erworben hatte.

Und die Moral aus der Geschichte...?

Die Liste der österreichischen Unternehmen, die der unersättlichen Raubgier des deutschen Kapitals zum Opfer fielen, ließe sich beliebig fortsetzen. Aber dies wären bloß Variationen ein- und desselben Themas: Die Heimkehr ins Reich war nichts anderes als nackter Kolonialismus! Von dem war allerdings, wir sagten es schon, bei all den Feierlichkeiten im März nicht die Rede. Das verwundert nicht: Seit wir (beispielsweise) Hans Martin Schleyers Biografie kennen, ist ruchbar, aus welchem braunem Holz die Charaktermasken unseres größten Handelspartners, Kapitallieferanten (und damit Arbeitsplatzsicherers) geschnitzt sind. Und mit dem wollen wir's uns bei Gott nicht verderben - durch den Hinweis auf die Erfahrungen, die Österreich mit alteingesessenen - und heute natürlich unschuldigen - deutschen Firmen schon einmal gemacht hat.

Derek Weber ■

Ein Volk ein Reimann, eine Kronen-Zeitung

Minus mal minus ergibt plus. Diese mathematische Grundregel beherzigten die Landesschulbehörden der ÖVP-dominierten Bundesländer Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg. Sie strichen den Teil eines Erlasses des Unterrichtsministeriums betreffend die Okkupation Österreichs durch Hitler-Deutschland, in dem von historischen Voraussetzungen die Rede war - nämlich vom Dollfuß'schen Ständestaat und vom Aufstand österreichischer Arbeiter im Jahre 1934 - sowie vom Widerstand gegen die Nazis. "Historisch verkürzt" nannte man diese Passagen der Anweisung für den zeitgeschichtlichen Unterricht - und kürzte sie daher konsequenterweise weg.

Um also die unverkürzte Wahrheit über diesen Abschnitt der Vergangenheit zu erfahren, befragten wir einen einschlägig Bewanderten: Herr Reimann, könnten Sie uns ein Stimmungsbild vom März 1938 geben?

"Wie immer die Erlebnisse des Einzelnen gewesen sein mochten, die Märztage waren so grausam schön für die einen, wie grausam schmerzlich für die anderen..."

Wieso kam denn der "Anschluß", über den eine Bildunterschrift zu Ihren wissenschaftlichen Ausführungen aussagt, er sei ursprünglich eine Befreiung gewesen, so spät zustande? Wer war daran schuld?

"Den Siegermächten (des Ersten Weltkrieges; Anm. d. Red.) genügte zunächst der Artikel 80 des Friedensvertrages von Versailles, der Deutschland zur Anerkennung der Österreichischen Unabhängigkeit verpflichtete, aber auf Drängen der Tschechen, die in ihrem neuen Staat dreieinhalb Millionen Deutsche gegen deren ausdrücklichen Wunsch einverleibt und deshalb von

Anfang an Angst um ihre Beute hatten, kam das Anschlußverbot in den Friedensvertrag".

Dafür haben sie ja dann auch vom Führer eins über die Rübe bekommen. Aber was passierte dann, als der Einmarsch endlich bei uns stattfand?

"Der Einmarsch gestaltete sich zu einem Triumphzug für die Soldaten, vor allem aber für Hitler, den Hunderttausende als Befreier begrüßten. Niemals in der Geschichte unseres Landes gab es eine solche Begeisterung, eine derartige Hysterie von Gefühlsausbrüchen. Im Glückstaumel des Augenblicks achtete man nicht darauf, wie der Anschluß zustandekam..."

Wieso, wie kam denn der Einmarsch zustande?

"Für Hitler bedeutete der Anschluß eine nationale und politische Grundforderung und eine Herzensangelegenheit dazu. Er hatte zwar Österreich verlassen und schätzte es gering, doch besaß er die heimliche Liebe des Auswanderers, der draußen etwas werden will, um im Triumph heimzukehren."

Was tat Hitler schließlich als er wieder heimgekehrt war?

"Hitler weinte vor Freude über die Begeisterung, die ihm von allen Seiten entgegenbrauste, und mit ihm weinten viele Österreicher vor Glück, und gleich Hitler überwältigt von der Größe des Augenblicks."

PS.: Dieses Interview fand natürlich nicht statt. Es ist aber auch nicht erfunden. Die "Antworten" sind Originalzitate aus einer Serie der "Neuen Kronen-Zeitung", die am 5. März 1978 begann!

R.H. ■

schichte + information + zeitgeschichte + information + zeitge
+ zeitgeschichte + information + zeitgeschichte + information

Der Prager Frühling Teil I

Stellungnahme des ZK der KPTsch 1978

Bald nach dem Jännerplenium wurde es klar, daß die neue Parteiführung mit A. Dubček an der Spitze politisch nicht homogen, nicht einheitlich, daß sie schwach und unentschlossen und nicht fähig ist, die Beschlüsse der Jänner-Tagung zu realisieren, und schon gar nicht imstande ist, den frontalen Angriff der Rechten abzuwehren. Stoßgruppen der Rechten, die sich der wichtigsten Positionen in den Massenmedien bemächtigt hatten, begannen, die politische Entwicklung in ihre Richtung zu lenken. Der "Erneuerungsprozeß" wurde immer augenscheinlicher zu einem Prozeß des Zerfalls, des Chaos der Verwirrung und zu einer Diskreditierung aller Errungenschaften, die das tschechoslowakische Volk seit dem Jahre 1948 unter der Führung der Partei erzielt hatte.

Anarchie, Chaos, Spontaneität wurden zum einzigen und wahren Attribut der Demokratie erhoben, eine eigene Ethik des kleinbürgerlichen Egoismus und der Abwertung der Ideale des Sozialismus, des Sinns für das Verantwortungsgefühl des Bürgers, Geringschätzung für die Freundschaft mit der Sowjetunion, mit unseren sozialistischen Verbündeten verkündet. Auch wenn das neue "Modell des Sozialismus" als human, als menschlich gepriesen, seine Exponenten mit Phrasen über Ethik um sich warfen, bleibt es eine Tatsache, daß in der Zeitperiode der sogenannten Erneuerung alle gesellschaftlich wichtigen Normen verletzt wurden, die in jeder zivilisierten, kulturbewußten und organisierten Gesellschaft und um so mehr in einer Gesellschaft, die sich zum Sozialismus bekennt, Geltung haben.

In dieser Atmosphäre, charakte-

risiert durch das zitierte konterrevolutionäre Pamphlet, fanden die Vorbereitungen zum XIV. außerordentlichen Parteitag statt, dessen beschleunigte Einberufung von den rechten Kräften erzwungen worden war – in einer Atmosphäre der Hysterie, der Einschüchterung und des Terrors. Niemals zuvor wurden in unserer Partei so grob und offen die Grundsätze und die Normen ihres Lebens verletzt wie in diesen Tagen.

(aus: "Informationsbulletin Nr. 3, 1978" (Materialien und Dokumente kommunistischer und Arbeiterparteien, Eigentümer: Internationaler Verlag "Frieden und Sozialismus", Prag 6, Druck und Verlag: Globus GesmbH, Wien XX, Höchstädtpl. 3))

Chronik eines Frühlings

1967

30./31. Oktober

Dubček bezichtigt Novotny auf dem Plenum des ZK undemokratischer Methoden. Novotny verdammt den Sekretär der slowakischen KP als "bürgerlichen Nationalisten".

November

Novotny lädt Breschnjew nach Prag, nachdem Parteikreise seine Ablösung forderten.

8. Dezember

Breschnjew trifft in Prag ein und deutet den Konflikt als einen nationalistischen zwischen Tschechen und Slowaken.

19. Dezember

Die gespannte Atmosphäre der Sitzung des ZK endigt mit der Schaffung eines Erneuerungspräsidiums, "Vorbereitungskommission" genannt, und von den Repräsentanten der Mitglieder gebildet. Novotny versucht daraufhin Armee, Polizei und seine Anhänger in Prag und im Land zu mobilisieren.

1968

2. - 5. Januar

Das ZK behandelt auf der Plenartagung die grundsätzlichen Fragen der führenden Rolle der Partei. Es faßt den Beschluß, die Funktion des Präsidenten der Republik und des Ersten Sekretärs des ZK der KPC zu trennen (Alexander Dubček wird Erster Sekretär des ZK der KPC).

9. Januar

Die Tschechoslowakische Volkspartei empfindet sich als Bestandteil der Nationalen Front und erklärt seine Bereitschaft unter Führung der KPČ zur Entfaltung der sozialistischen Gesellschaft beizutragen.

24. Januar

Die Wochenzeitung "Literarni Listy" erscheint auf Beschluß des Schriftstellerverbandes wieder.

29. - 30. Januar

Dubček berät in Moskau mit Breschnjew und Podgorny über die weitere Zusammenarbeit zwischen ČSSR und UdSSR.

8. Februar

Das Präsidium der Partei verlangt die Vorbereitung der Kontrolltätigkeit innerhalb der Partei.

16. Februar

Die Ideologische Kommission kritisiert die Kulturpolitik der Partei, deren Funktion in ihrer ideologischen und politischen Aufgabe liegt.

18. Februar

Thesenentwurf des Aktionsprogrammes der KPČ.

20. Februar

Dubček schreibt in der "Prawda": Die Freundschaft mit der Sowjetunion bleibt die Grundlage unserer Außenpolitik.

27. Februar

Statut von Bratislava regelt die Stellung der Slowakei innerhalb der Republik.

Generalmajor Sejna flüchtet in die USA, weil die Nationalversammlung seine Abgeordnetenimmunität aufhebt.

schichte + information + zeitgeschichte + information + zeitge + zeitgeschichte + information + zeitgeschichte + information

die Bereinigung der wichtigsten Probleme. Dabei kann sich die Partei nicht in eine Organisation verwandeln, die nur durch ihre Ideen und Programme auf die Gesellschaft einwirken würde. Vermittels ihrer Mitglieder, Organe und Organisationen muß sie die praktischen organisatorischen Funktionen einer politischen Kraft in der Gesellschaft versehen ...

Die Kommunistische Partei ist sich dessen bewußt, daß eine führende Rolle allein durch Verdienste erworben werden kann (im entgegengesetzten Fall kann man sie auch einbüßen) und daß man verbürger muß, daß das erworbene Vertrauen nie mehr von einer bestimmten Gruppe von Funktionären dazu mißbraucht werden darf, sämtlichen Einfluß in ihren Händen zu konzentrieren. Daran haben übrigens die Parteimitglieder mindestens ebensoviel Interesse wie die übrigen Angehörigen der Gesellschaft.

Über diese Frage spricht man derzeit in der ČSSR sehr viel, denn die Menschen wollen sich nicht mit bloßen Erklärungen und Versprechungen zufriedengeben. Es gibt Auseinandersetzungen darüber, ob eine Oppositionspartei, oder auch mehrere, gegründet werden sollten oder ob die Aktivierung der bisherigen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen im Rahmen der Nationalen Front und gesetzlich verbürgte Freiheiten - Presse-, Meinungs-, Vereins- und Versammlungsfreiheit - ausreichen, einen solchen Opponentenmechanismus und ein solches kritisches Klima zu bilden, daß das Funktionieren der demokratischen Diskussion und Kontrolle vollauf verbürgt ist.

Die Kommunistische Partei verschließt sich der Diskussion über diese Frage nicht, ja es sind gerade manche ihrer Mitglieder, die in der Presse für den Gedanken eines pluralistisch gegliederten politischen System und der Bildung einer formalen Opposition eintreten. Das Aktionsprogramm geht jedoch unzweideutig von dem Grundsatz aus, daß es heute in der Tschechoslowakei eigentlich schon auf etwas anderes ankommt. Eine Opposition ist dort von Bedeutung, wo sie einer tatsächlich oppositionellen Ansicht einer anderen Gesellschaftsklasse Ausdruck verleiht als jener, die gerade an der Macht ist. In der tschechoslowakischen sozialistischen Gesellschaft besteht dieser Zustand nicht mehr. Wenn somit der Sinn einer solchen Opposition bloß in einer gewissen Opponentur angenommener Maßnahmen liegen sollte, kann man annehmen, daß das Funktionieren eines solchen Korrektivs auch auf andere Weise erreicht werden kann, nämlich insbesondere dadurch, daß die bereits existierenden Institutionen voll aktiviert werden.

„Freiwillige, speziellen Interessen gewidmete gesellschaftliche Organisationen können die politischen Parteien nicht ersetzen, aber auch nicht umgekehrt - poli-

tische Parteien können bei uns nicht etwa Interessenorganisationen ausschalten ... ihnen den unmittelbaren Einfluß auf die Staatspolitik, auf ihre Gestaltung und Ausübung entziehen. Weder eine einzige Partei, noch eine Koalition politischer Parteien kann die sozialistische Staatsmacht monopolisieren, sondern alle politischen Organisationen des Volkes müssen unmittelbaren Zutritt zu ihr haben. Die KPČ wird mit allen Mitteln bürgen, daß die Stimme und der Wille der Arbeiterklasse und aller Werktätigen unmittelbar bei den politischen Entscheidungen in unserem Lande zum Ausdruck kommt.

... Die Nationale Front insgesamt und alle ihre Gliederungen müssen sowohl selbständige Rechte als auch ihre eigene Verantwortung für die Leitung unseres Staates und der Gesellschaft erhalten.“

Über die Verantwortung der KPČ für die weitere Entwicklung heißt es in dem Dokument:

„Die Kommunistische Partei ist sich dessen bewußt, daß es keine durchgreifendere Entfaltung der Demokratie in unserer ganzen Gesellschaft geben wird, wenn sie nicht selbst die demokratischen Grundsätze konsequent im inneren Leben und in der Arbeit der Partei, unter den Kommunisten, zur Geltung bringen wird. Die Entscheidung über alle wichtigen Fragen und über die kadermäßige Besetzung der Funktionen muß durch demokratische Verhandlungsregeln und geheime Abstimmung verbürgt sein.“

An vielen Stellen betont das Aktionsprogramm die Bedeutung der Wissenschaft, so auch hier: „Demokratisierung des Parteilebens bedeutet auch Festigung regelmäßiger Arbeitsbeziehungen zwischen Partei und Wissenschaft. Wir werden in dieser Hinsicht die Methoden der Konsultation, des Austausches gegensätzlicher Meinungen und die Opponentur anwenden, denn die Funktion der Wissenschaft endet nicht mit der Vorbereitung von Analysen und Unterlagen, sondern sollte auch dem Boden der Partei fortgesetzt werden, indem man die Vorgänge verfolgt, die durch die einzelnen Beschlüsse ausgelöst werden, und zur Realisierung und Kontrolle der Richtigkeit der Beschlüsse durch die Praxis beiträgt.“

Abschließend heißt es im Aktionsprogramm: „In den nächsten Monaten und Jahren erwarten uns schwierige Zeiten, außerordentlich anspruchsvolle und verantwortliche Arbeit ... Vertrauen wird nottun, gegenseitiges Verständnis, einmütige Arbeit und Initiative aller, die ihre Kräfte wirklich dem großen menschlichen Experiment widmen wollen ... Hierfür wollen wir verantwortungsbewußt, konsequent und vorbehaltlos Raum schaffen ... die Bedingungen dafür, daß jeder ehrliche Bürger fühlt, daß auch er der Schöpfer des Schicksals seiner Heimat ist, daß man ihn braucht, mit ihm rechnet.“

Juli 1968

Aus: ČSSR 1962-1968, F.Röll, G.Rosenberger, Dokumentation und Kritik, München 1968



Sowjet-Truppen am 21. August 1968 in Prag

Neuer Leiter, alte Sprossen

Seit dem 1. März ist das Psychiatrische Landeskrankenhaus "Steinhof" ohne Direktor. Dozent Solms, der frühere Chef, ging in den Ruhestand und vier Kandidaten bewarben sich um den Posten, der von der Gemeinde ausgeschrieben wird: Die Doktoren Gabriel, Hartmann, Schindler und Sonneck. Wer auch immer es werden mag, der neue Chef dürfte es nicht leicht haben. Vor Ende Mai rechnet man nicht mit der Neubesetzung der Stelle, die vom Gemeinderat entschieden wird. Mindestens drei Monate lang ist das Haus ohne Leiter, was den Amtsantritt für einen auch noch so engagierten neuen Mann nicht gerade erleichtern dürfte.

Es scheint aber auch so, als ob keiner der Kandidaten sich ernsthaft mit der ihm eventuell erwartenden Aufgabe auseinandergesetzt hätte. Von Konzepten, die etwa versucht hätten, die gesamte Arbeit der Anstalt unter große therapeutische Richtlinien zu stellen, war bis jetzt nichts zu hören.

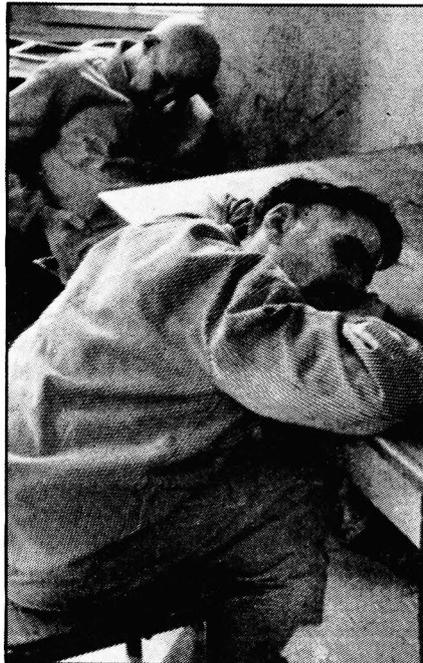
Der Freiraum, den ein Direktor einer psychiatrischen Anstalt hat, erlaubt ihm jedoch, sehr wohl zwischen fortschrittlichen und zementierenden Alternativen zu wählen.

Schließlich gibt es einiges zu verbessern bis abzuschaffen. 2.600 Patienten leben in Steinhof, 800 weitere in der Zweiganstalt Ybbs. Allein schon das numerische Verhältnis Pfleger/Patient ist mit 2 : 100 miserabel. Ebenfalls zwei Ärzte auf 100 Patienten stehen in jämmerlichem Vergleich zu etwa 10 in "normalen" Krankenhäusern. Hinter diesen bloßen Zahlen steht zweierlei: Einerseits eine außerordentlich mangelhafte Betreuung der Patienten, die oft von wirklicher Therapie nichts merken, sondern - gerade noch aufbewahrt - mit hohen Dosen Sedativen (Beruhigungsmittel) vollgestopft am unteren Niveau der Handlungsfähigkeit gehalten werden. Zum anderen ein immenser Arbeitsdruck auf dem Pflegepersonal, der zudem noch mit Disziplinierungs-

maßnahmen, wie Dienstbeschreibungen und willkürlichen Versetzungen in andere Abteilungen verschärft wird. Als Spezialzuckerl wurde vor einigen Monaten ein Personalaufnahmestop über Steinhof verhängt.

Zu diesen rein praktischen Mängeln kommen die sozusagen strukturellen Sauerein der üblichen "Irenaufbewahrung". Die meisten Patienten in Steinhof dürfen keine Privatkleidung tragen, besitzen keinen eigenen Kleiderschrank, oft nicht einmal ein Nachtkästchen. Sie leben auf engstem Raum zusammengedrängt und müssen cinnen nach den Regeln der rationellsten Arbeitsaufteilung ungeheuerlich öden Tagesablauf über sich ergehen lassen.

Um 19 Uhr wird schlafen gegangen, muß schlafen gegangen werden - deshalb auch die übermäßig hohe Medikamentendosierung. Es gibt keine Bewegungsmöglichkeiten, keine Leseräume oder Bücher, keine Unterhaltungsmöglichkeiten



Pillen, Ruhigstellen und Verwahren

- Radio, Fernseher, Spiele oder ähnliches Ein- oder zweimal im Jahr dürfen die Patienten der geschlossenen Abteilungen Mitpatienten des anderen Geschlechts

sehen - im Festsaal ein paar Bankreihen weiter.

Etwas aufwendigere Rehabilitation in Form von Arbeits-, Musik- und Gruppentherapie gibt es nur für einen kleinen Teil der Patienten. Und zwar nur für solche, die ohnedies die beste Chance haben, ins Alltagsleben zurückzufinden. Dabei wird eine Therapie mit längerem Aufenthalt des Patienten nicht etwa intensiver, sondern immer schwächer, bis er sich völlig zurückzieht. Er ist dann "chronisch" geworden, und sein Rückzug wird als weiteres Krankheitszeichen interpretiert.

Mit all diesen Mängeln, diesen untragbaren Zuständen wird der neue Direktor, mag er Sonneck, Hartmann oder ... heißen, zu rechnen haben. Und zumindest zwei Gruppierungen werden ihm angekündigt: dabei auf die Finger schauen. Die "Demokratische Psychiatrie" nimmt sich schon seit längerer Zeit der Zustände an den psychiatrischen Anstalten an und hat auch schon einige Aktionen speziell zu Steinhof gesetzt. Ende Januar veranstaltete sie eine Diskussion zum Thema Direktionsneubesetzung, in der dem künftigen Chef jede Unterstützung bei den Bemühungen um Verbesserung der derzeitigen Lage zugesichert wurde und andererseits jeder Zementierung der derzeitigen Situation der Kampf angesagt wurde.

Im Pflegepersonal gibt es eine neue gewerkschaftliche Initiative, die sich erstmals zu den Personalvertretungswahlen am 6. April bewähren will: Pflegeschüler der Schule in Steinhof haben sich zur "Liste der aktiven Gewerkschaftsmitglieder" zusammengeschlossen. Damit ist seit Jahren erstmals die Chance, die eingefahrenen Blöcke von neun SPÖ-Sitzen gegenüber zwei ÖVP-Sitzen aufzubrechen und eine interessenorientierte Gewerkschaftspolitik am psych. Krankenhaus in Gang zu bringen.

Bettina Schmitt-Kerner ■

Aufruf zur Lynchjustiz

Entgegen den bisherigen Gewohnheiten nimmt "betrifft: Rechtsstaat" diesmal keine Individualfälle aufs Korn, sondern ein System: Die Justizberichterstattung in den bürgerlichen Medien.

Verdeutlicht soll dies am Beispiel der "Kronen-Zeitung" werden, die sich in ihrer Gerichtsberichterstattung, die nicht zufällig im engsten Zusammenhang mit der Glosse "Heiteres Bezirksgericht" steht, außerhalb jeglicher bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit stellt.

Die "Kronen-Zeitung" appelliert in ihrer Berichterstattung über konkrete Fälle ebenso wie über die Justizreform insgesamt immer wieder an faschistoide Ressentiments. Wir wollen mit diesem Beitrag in den Grenzen bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit argumentieren, um auch an diesem Beispiel deren tagtägliche Durchbrechung aufzuzeigen. Um nicht mißverstanden zu werden: Wir sind gegen die Zensur. Aber die beharrliche Durchbrechung der Rechtsstaatlichkeit, wie sie die "Kronen-Zeitung" Tag für Tag betreibt, ist nicht nur ein Erschwernis für gesellschaftsverändernde Projekte. Sie ist eine Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit überhaupt.

betrifft: rechtsstaat

Die Gerichtssaal- und Justizberichterstattung sitzt auf der Anklagebank. Tagtäglich wird mit law & order-Parolen gegen die journalistische Pflicht zur Sorgfalt verstoßen, und zwar insbesondere von der "Kronen-Zeitung", die es durchaus verdient, in diesem Zusammenhang unruhlich hervorgehoben zu werden. Die Gefährlichkeit dieses Blattes liegt vor allem in der Absicht, abseits jeglicher rationaler Überlegungen in ihren Gerichtssaalreportagen Tag für Tag Emotionen hochzuputzen und durch bewußte Verdrehungen und Totschweigen mißliebiger Informationen die Western-Ideologie von Schuld und Rach massivst zu propagieren. Durch Kolumnisten wie Herrn Nimmerrichter("Staberl") werden teilweise tollwütige Kampagnen gegen jegliche Humanisierung insbesondere des Strafrechts initiiert - mit gutem Erfolg.

Der größte Erfolg der "Kronen-Zeitung" auf diesem Gebiet war der Fall des sogenannten "Häfenurlaubs". Das Justizministerium war 1974 mit einer Vorlage an die Öffentlichkeit getreten, die Strafgefangenen, die eine langjährige Haft abzubüssen haben, gegen Ende der Strafzeit zwecks Wiedereingliederung in die Gesellschaft unter bestimmten Voraussetzungen zeitwei-

lig zu entlassen. Zugegeben: Nicht nur die "Kronen-Zeitung" war dagegen - aber sie stand an der Spitze eines Kesseltreibens, das die Vorlage zu Fall brachte.

Mit primitivsten Mitteln läßt sich die "Kronen-Zeitung" auch überall dort vernehmen, wo es um Reform des Strafvollzuges selbst geht. Ein kleines Beispiel von vielen: Als 1977 die überall in Europa von liberalen Juristen als fortschrittlichste Lösung angepriesene Sonderanstalt für geistig abnorme Täter eingeweiht wurde, war auch die "Kronen-Zeitung" dabei. Mit einer Kolumne, in der sie einen überfüllten Krankenhaussaal einer leeren Zelle der Sonderanstalt gegenüberstellte - mit einer Bildunterschrift, die dies gegeneinander ausspielte: So gut ginge es den Verbrechern, so schlecht den "anständigen" Österreichern.

Die "Kronen-Zeitung" tut sich auch überall dort hervor, wo es gilt, die bescheidensten Fortschritte bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit zu diskreditieren. Ihre Kampagne für die Todesstrafe (und Österreich gehört immerhin zu denjenigen elf Staaten der Welt, die die Todesstrafe wohl endgültig abgeschafft haben) ist daran gescheitert, daß sie hier als politische Unterstützer nur die alleräußerste Rechte fand. Die Forderung nach Wiedereinführung der Todes-

strafe wird hierzulande nur noch von NDP und ANR lauthals unterstützt, sieht man von einem diesbezüglichen Leitartikel von Peter M. Lingens im "profil" ab, für den er sich immerhin später - auch in einem Leitartikel - entschuldigt hat.

Im übrigen werden in der "Kronen-Zeitung" Meldungen einfach verschwiegen, die sogar dem "Kurier" Schlagzeilen wert sind. So war dieser Tage in den bürgerlichen Massenmedien vom letzten Sicherheitsbericht des Bundesministeriums für Justiz zu hören und zu lesen, der breiten Raum dem Problem der Lebenslänglichen widmete. Zwar ist die Strafjustiz insgesamt und insbesondere die Sanktion jahrelanger Freiheitsstrafen, wie sie bisher in Ost und West als wichtigster Bestandteil des Rechtssystems überhaupt gehandhabt wird, problematisch. In Österreich immerhin hat ein zu lebenslänglicher Haft verurteilter Straftäter die Chance, nach mehr als eineinhalb Jahrzehnten Haftverbüßung bedingt freigelassen zu werden. Von 181 bedingt freigelassenen Straftätern wurde nur bei zwei "Rückfälligen" diese bedingte Entlassung wegen neuerlicher Gewalttaten widerrufen, in allen anderen Fällen gab es dazu keine Veranlassung. Dies verschwieg die "Kronen-Zeitung" - es paßt wohl kaum zu dem Klima der Lynchjustiz, das die "Kronen-Zeitung" Tag für Tag erzeugen will.

Wenn man statt "Arbeiterzeitung" A Zeit sagt, könnt man ja statt "Kronen Zeitung"...



Ein konkretes Beispiel, ein Fall, der es wohl allein wert gewesen wäre "betrifft: Rechtsstaat" zu füllen. Es handelt sich um den Fall des ägyptischen Studenten Attaa El-Maadawy, der bei einem Raubüberfall auf eine Filiale der BILLA-Kette die Verkäuferin Hofer niedergestochen hatte.

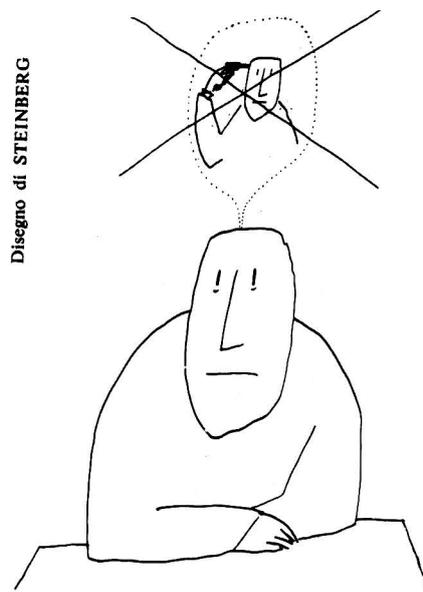
Für die "Kronen-Zeitung" (14.3.78) ist die Angelegenheit ganz klar: Mord ist es, in jedem Falle. Die besondere Perfidie zeigt sich vor allem in dem folgenden Kommentar: "Noch gibt es Diskussionen, ob El-Maadawy die Tötungsabsicht nachzuweisen sein wird. Aber geht uns dieser schrecklich sinnlose Tod der Ilse Hofer (...) nicht näher als so mancher 'lupenreine' Mord." Tja, wenn wir also alle gefährdet sind, dann rächen wir uns auch gemeinschaftlich. Eine der subtilsten Aufforderungen zur Lynchjustiz, die die Pressegeschichte wohl hervorgebracht hat.

In dem ganzen Artikel wird nämlich verschwiegen, woher diese Zweifel an der Tatabsicht des El-Maadawy kam. Die Verteidigung (Herr El-Maadawy ist im übrigen von Dr. Michael Stern vertreten und hat durch diesen Prominentenanwalt immerhin noch das Glück, seiner Verantwortung in anderen bürgerlichen Medien Gehör zu verschaffen) legte ein etwa zwei Jahre altes Gutachten eines ägyptischen Psychiaters vor, bei dem El-Maadawy in Behandlung stand, und zwar wegen gelegentlicher unkontrollierbarer emotionaler Ausbrüche. Der Angeklagte neigte zu unkontrollierten Gewalttaten.

Und damit wird seine Verantwortung wohl glaubwürdiger, als es die "Kronen-Zeitung" wahrhaben will. El-Maadawy verteidigt sich nämlich damit, an die Tat selbst keinerlei Erinnerung zu haben. Seine letzte Erinnerung sei, daß ihm im Supermarkt zu Bewußtsein gekommen sei, daß er seine Geldtasche zu Hause vergessen habe. In diesem Augenblick habe er die Kassierin mit einem Bündel von Geldscheinen an ihm vorbeigehen gesehen und habe sie überfallen. Genaueres könne er nicht aussagen. Eine Verantwortung, die durch zweierlei Indizien gestützt wird. Zum einen hat El-Maadawy keine Tatwaffe mit sich geführt, sondern diese plötzlich den Regalen der Billa-Filiale entnommen. Zum zweiten durch seinen psychischen Zustand bei der Festnahme selbst. Und da wäre ja noch das Gutachten des ihn behandelnden Arztes; alles Dinge, die eben auf einen sogenannten "geistig abnormen Straftäter" hindeuten. Und genau dies wird dem "Kronen-Zeitung"-Leser verschwiegen. **Mord bleibt Mord – Hängen sollst du.** Und – wie die "AZ" am 15.3.1978 berichtete – hat die Aufforderung



zur Lynchjustiz ihre bereitwilligen Vollstrecker beinahe gefunden. "Gehts a Stückerl weg, ich lad durch, und damit ist der Fall erledigt", schlug nach der "AZ" ein Justizwachebeamter beim Lokalaugenschein vor. Und eine Kollegin der Getöteten warf ihm vor, er hätte einfach bei der Festnahme des Maadawy ein wenig wegschauen sollen, den Rest hätten "die Leute" schon erledigt.



Disegno di STEINBERG

So gesehen hat das Wiener Geschworenengericht unter OLG Dr. Weiß schon fast korrekt geurteilt (10 Jahre

Haft wegen Körperverletzung mit Todesfolge, allerdings entgegen dem Verteidigungsantrag volle Schuldfähigkeit).

Kurt Tucholsky, neben seinem anderen literarischen Werk wohl bedeutendster Justizberichterstatte seiner Zeit, hat einmal vorgeschlagen, für Richter als praktischen Lehrgang einen längerfristigen Aufenthalt im Gefängnis vorzusehen, damit diese auch abschätzen könnten, was den Unterschied zwischen der Mindest- und Höchststrafe ausmacht, die das Gesetz für verschiedene Straftaten vorsieht. Ein solches Praktikum sollte wohl auf alle Justiz- und Gerichtssaalreporter ausgedehnt werden. Und insbesondere auch auf die Herausgeber der Zeitungen, die solche Berichterstattung von ihren Gerichtsreportern fordern.

Abseits aller Zynismen aber noch das eine: Solange ein solcher Revolverjournalismus in diesem Bereich legal ist, ist wohl jegliche tiefgreifende Veränderung des Rechtssystems unmöglich. Und daß dieser mit unserem Gesellschaftssystem insgesamt untrennbar verbunden ist, ist wohl spätestens seit der Wallraff-Dokumentation über die "Bild"-Zeitung bewiesen.

Ronny Pohoryles ■



Staatsschützer:

„Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“

Die deutsche Sozialdemokratie übt massiven Druck auf ihre Bruderparteien in Europa aus, um einen Boykott des Russell-Tribunals über die Menschenrechte in der BRD zu erreichen. Wohl am deutlichsten reagierte darauf die holländische Bruderpartei: Sie protestierte scharf gegen diesen Einmischungsversuch und stellt mit Professor Lølle Nauta ein prominentes Mitglied der Jury. Auch die englische und irische Labour-Party sind in der Jury vertreten.

Auch dem Deutschen Gewerkschaftsbund ist die Verhinderung des Tribunals ein Anliegen: Er übernahm in einem internen Rundschreiben *wörtlich* die Einschätzung des Tribunals durch das Innenministerium (vgl. OL 41) und ging sogar noch darüber hinaus. Der Bundesvorstand des DGB versandte an alle Gewerkschaftsfunktionäre einen „Steckbrief“ der Jurymitglieder, in dem beispielsweise der führend an der antifaschistischen Wende beteiligte portugiesische Offizier *Otelo de Carvalho* als *„Mitglied jener Militärjunta, die den Staatsstreich zu verantworten hat“* bezeichnet wird. Professor Gollwitzer wird als *„Unterstützer der kommunistisch gesteuerten Kampagne gegen atomare Bewaffnung“* bezeichnet – der *DGB selbst* hatte diese Kampagne initiiert!

Erschütternde Töne für eine Gewerkschaft, die sich von Staatsgewerkschaften unterscheiden will.

Trotzdem – oder vielmehr deswegen – findet das Tribunal statt. In der Woche nach Ostern behandelt es in einer ersten Sitzung den Bereich Berufsverbote. 1,5 Millionen deutsche Bundesbürger wurden bisher überprüft, Tausende wurden Opfer dieser „Überwachung der Rechtsstaatlichkeit“. Für eine Auf-

nahme in den öffentlichen Dienst genügt es jetzt nicht mehr, kein Kommunist zu sein. *„Weil er kein aktiver Antikommunist ist“*, wurde ein Kriegsdienstverweigerer mit Berufsverbot belegt.

Im Herbst sollen dann in einer zweiten Sitzung des Tribunals die Einschränkung der Meinungsfreiheit und des Gerichtswesens untersucht werden.

„Es besteht die Gefahr, daß das „deutsche Modell“ exportiert wird“, meinte der Sekretär des Russell-Tribunals, Sebastian *Cobler* auf einer Veranstaltung in Wien, an der auch Vertreter der *Gewerkschaftlichen Einheit*, der *Gruppe Revolutionäre Marxisten* und der linkssozialistischen Zeitschrift *Tribüne* teilnahmen. Erste Anzeichen – wie

etwa beginnende Berufsverbote in der Schweiz – deuten darauf hin. Freilich, in Österreich ist von jener demokratischen Öffentlichkeit, die es zu schaffen gilt, will man die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten verhindern und ihre Ausweitung erreichen, nicht viel zu bemerken. Das Russell-Tribunal wäre sicher ein Anlaß – durchaus nicht nur aus internationaler Solidarität – solche strategischen Fragen in der Linken zu diskutieren. Das wahnwitzige Hick-Hack zwischen diversen sektiererischen Gruppen auf dieser Veranstaltung war nur eine traurige Demonstration davon, wie weit die österreichische Linke von solchen notwendigen Klärungen entfernt ist. fernst ist.

K.L.

Aufruf zur Unterstützung des RUSSELL-Tribunals

Das dritte Internationale Russell-Tribunal wird sich mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigen, weil sich die Anzeichen mehren, daß in diesem Lande Menschenrechte in Gefahr sind. Sollte sich der Verdacht bewahrheiten, daß in der BRD die Grund- und Menschenrechte verletzt werden, dann wäre dies ein Tatbestand von schwerwiegender Bedeutung, nicht nur für die Bürger der Bundesrepublik.

Das Russell-Tribunal wird sich insbesondere mit der Untersuchung folgender Fragen befassen:

- Wird Bürgern in der Bundesrepublik aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben?
- Wird durch straf-, zivilrechtliche Bestimmungen und durch außerrechtliche Maßnahmen Zensur ausgeübt?
- Werden Grund- und Menschenrechte im Zusammenhang von Strafverfahren ausgehöhlt oder eliminiert?

Politiker der Bundesrepublik werfen dem Russell-Tribunal vor, es versuche eine unzulässige Einmischung vom Ausland her in die westdeutsche Politik, es beabsichtige, die Bundesrepublik zu diffamieren und es stelle das westdeutsche politische System auf eine Stufe mit Unrechtsstaaten. Tatsächlich heißt es demgegenüber in der Gründungsdeklaration des Tribunals: *„... Das erste Internationale Russell-Tribunal wurde 1966 einberufen, um Kriegsverbrechen in Vietnam zu untersuchen. Das zweite Internationale Russell-Tribunal wurde 1973 einberufen, um Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika zu untersuchen. Ergebnisse und Wertungen dieser Tribunale wurden in der Öffentlichkeit mit großer Sorgfalt geprüft und international als begründet angesehen. Das dritte Tribunal beschäftigt sich mit Problemen, die von denen der ersten beiden sehr verschieden sind: mit denen einer politischen Demokratie. Es wird hierbei vom gleichen Wunsch wie die beiden vorangegangenen Tribunale getragen, überall für die Menschenrechte einzutreten, und es wird sich der gleichen Prüfung durch die öffentliche Meinung unterziehen ... Das Tribunal weist ausdrücklich darauf hin, daß es nicht nur Beschwerden über Verletzungen von Menschenrechten hören, sondern auch diejenigen einladen wird, ihren Standpunkt vorzutragen, die beschuldigt werden, für solche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich zu sein ...“*

Der Einsatz für die Verwirklichung der Menschenrechte und das Aufdecken aller Formen der Verletzung von Freiheitsrechten sind nicht erst dann angebracht, wenn der Status der Rechtsstaatlichkeit schon verlassen ist; Warnungen und Widerstand kämen dann zu spät. Darum begrüßen und unterstützen wir das Russell-Tribunal, das untersuchen soll, ob und inwieweit Freiheitsrechte in der Bundesrepublik verletzt werden.

Dieses Russell-Tribunal hat entgegen seinen Vorgängern nicht die Aufgabe, verbrecherische Machenschaften autoritärer und halbfaschistischer Systeme bekanntzumachen und anzuklagen. Im Falle der Bundesrepublik muß es vielmehr darum gehen, einen Rechtsstaat, der die republikanischen Freiheiten und Menschenrechte in seiner Verfassung verankert hat und der auf die schiefe Bahn geraten ist, vor dem Abgleiten zu bewahren. Es gilt hier also, den Anfängen zu wehren.

Eine Verketzerung oder eine globale Verurteilung der Bundesrepublik liegt nicht in der Absicht des Russell-Tribunals. Gerade aufgrund der Erfahrungen der deutschen Geschichte muß aber bedacht werden, daß die Gefahren, die der Demokratie in der Bundesrepublik drohen, schleichend und gleitend kommen. Demgemäß darf nicht biederemännlich gewartet werden, bis der bereits schwelende Brand offen ausgebrochen ist.

In der Einrichtung des Russell-Tribunals drückt sich auch aus, daß die Sorge, die wir über den Rückgang der demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik empfinden, von vielen Menschen im westlichen Ausland geteilt wird. Bei der ökonomischen und politischen Bedeutung der Bundesrepublik im heutigen Europa und angesichts der historischen Vergangenheit kann den anderen europäischen Völkern die Entwicklung in der Bundesrepublik nicht gleichgültig sein. Westeuropäer vertreten ihre legitimen eigenen Interessen, wenn sie sich u.a. in der Form dieses Tribunals mit den Angelegenheiten der Bundesrepublik beschäftigen. Wir können nicht in nationalstaatlicher Beschränkung die Bundesrepublik als eine Insel betrachten, die nur ihre eigenen Staatsangehörigen angeht.

Aus diesen Gründen fordern wir dazu auf, die Freiheitsrechte in Betrieb und Büro, in den Schulen und Hochschulen, in der öffentlichen Verwaltung und in den Medien zu bewahren und zu verteidigen. Das Russell-Tribunal ist ein Beitrag hierzu. Damit die Freiheitsrechte, die jedem gelten, erhalten und verwirklicht werden, genügt in der Tat eine *„innerlich kühle, distanzierte Haltung“* nicht. Es kommt darauf an, sich für diese Rechte zu engagieren!

Herausgeber und Erstunterzeichner dieses Aufrufs sind die Mitglieder des deutschen Beirats für das Russell-Tribunal Dr. Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin – Prof. Dr. Helmut Gollwitzer – Pfarrer D. Martin Niemöller – Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr – Prof. Dr. Uwe Wesel

Krieg oder Frieden?

Nach dem Scheitern der Sadat-Initiative und den geplatzten Illusionen, die daran geknüpft waren, wurde die Nah-Ost-Problematik wieder mit ihren grundsätzlichen Fragen und Gefahren von Terroranschlägen, bewaffneten Auseinandersetzungen und Krieg aktuell. "Krieg oder Frieden im Nahen Osten" ist auch eine englische Publikation betitelt, aus deren Vorwort wir einen Auszug für diese Nummer vorbereitet haben. Die redaktionellen Arbeiten wurden wieder einmal von den Ereignissen eingeholt, wenn auch nicht überholt. Die Ausführungen des Artikels haben an Aktualität nichts eingebüßt, im Gegenteil, sie sind - leider - praktisch bestätigt worden.

Dieses Buch wird zu einem Zeitpunkt herausgegeben, wo der Druck in Richtung einer Vereinbarung im Nahen Osten wieder einen Höhepunkt erreicht hat. Die beiden Supermächte, die arabischen Staaten, die EWG, alle drängen darauf. Die meisten Palästinenser wollen die internationale Anerkennung ihrer nationalen Rechte in der Form eines unabhängigen palästinensischen Staates auf den im Jahre 1967 besetzten Gebieten, oder - wie sie es sagten, in irgendeinem von der israelischen Herrschaft befreiten Gebiet. Nur Israel wünscht, die derzeitige Lage beizubehalten.

Die Vereinigten Staaten streben danach, ihren Einfluß in den arabischen Ländern und besonders in den arabischen Ölstaaten zu erhalten und dort Regierungen zu stabilisieren, die den USA und dem amerikanischen Kapitalismus freundlich gesinnt sind. Doch aufgrund des inneren Druckes der zionistischen Lobby und des Kongresses kann man nicht sehen, daß Washington Israel allzu hart oder offen bedrängt. Daher der rasche Wechsel in den Deklarationen der USA, zum Beispiel zwischen der amerikanisch-sowjetischen Deklaration am 1. Oktober 1977 und der Vereinbarung mit Dayan ein

oder zwei Tage später. Und dies gilt trotz der Tatsache, daß die Politik Carters sich auf das Brookings Institution Statement vom Dezember 1975 gründet, das von Brzezinski aufgestellt wurde und wahrscheinlich zu einem palästinensischen Gebiet oder "Homeland" unter Kontrolle von Jordanien und den Arabern führen würde und nicht zu dem unabhängigen Staat, den die PLO verlangt.

Die Sowjetunion ist darauf bedacht, ihren von Kissinger mit System und Bedacht unterhöhlten Einfluß in dieser Region wieder aufzubauen und ist offensichtlich bereit, mit den Vereinigten Staaten in dieser und auch in anderen Fragen - wie SALT - einen Roßtausch zu veranstalten, um in dieser Region wieder auf die Bildfläche zu erscheinen und die Annäherung aufrecht zu halten. Zu diesen Abschlüssen kann die Sowjetunion wohl bereit sein, die Rechte der Palästinenser zu opfern.

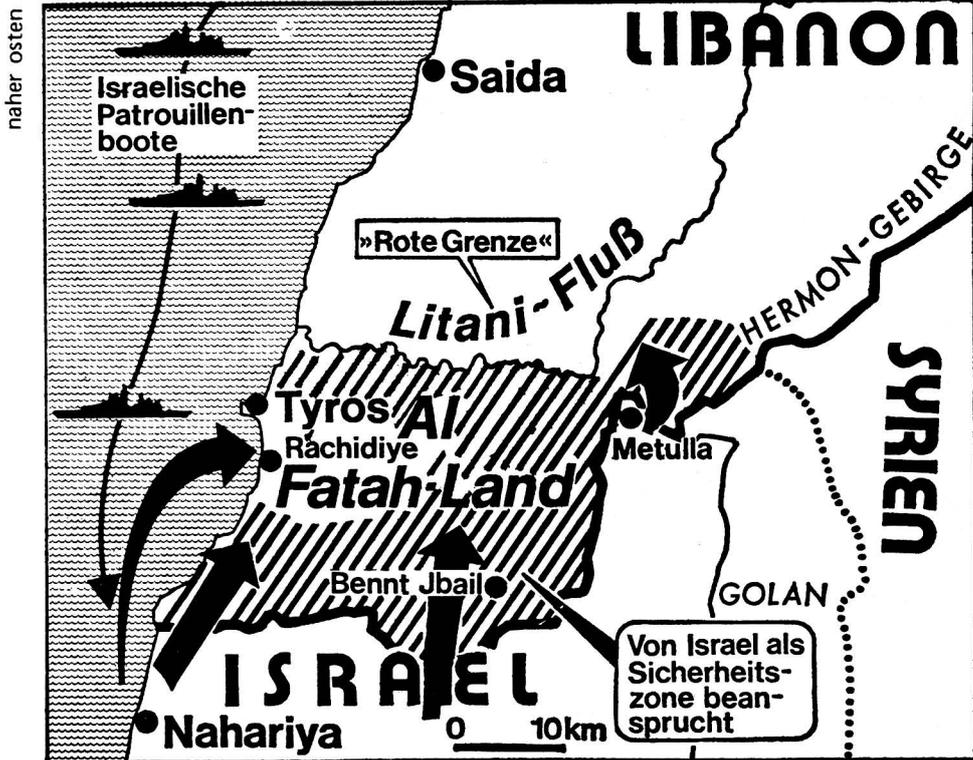
Die EWG ist weitaus abhängiger vom Öl aus dem Nahen Osten als die Vereinigten Staaten, versucht - obwohl sie weniger dem zionistischen und pro-zionistischen Druck im Inneren ausgesetzt ist - einen Mittelkurs zu steuern. Doch ist es unwahrscheinlich, daß die

EWG weit von den von Washington gesetzten Grenzen abgeht.

Die arabischen Staaten benötigen eine Regelung aus wirtschaftlichen Gründen und weil es intensiven innenpolitischen Druck geben würde, wenn sie keine Ergebnisse erzielen können; einen Druck, der die jetzigen Regierungen in Schwierigkeiten bringen oder gar stürzen könnte, besonders in Syrien und Ägypten. Daher der verzweifelte Besuch Sadats in Jerusalem, der die Wirkung hatte, die zerbrechliche Einheit der arabischen Staaten zu spalten und nochmals die Stellung Israels zu bestätigen.

Israel würde es vorziehen, alles so zu belassen, wie es ist, die Besetzung des Westufers, Gazas und zumindest Ostjerusalems zu erweitern und zu stabilisieren. Aber Begin ist ebenso empfindlich gegenüber amerikanischem Druck wie die frühere Regierung und er war bereits gezwungen, einige Kompromisse zu akzeptieren, so zum Beispiel die Teilnahme an der Genfer Friedenskonferenz. Offensichtlich wird er versuchen, gegen einen Rückzug vom Westufer und Gaza, sei er noch so minimal, Widerstand zu leisten. Und er wird handeln, wenn es Gebiete betrifft, die an Ägypten zurückgehen sollen (insbesondere um Pithat Rafiah und Yamit, westlich und südlich von Gaza, sowie Sharm El-Sheikh) und Gebiete in Golan an Syrien. Zu diesem Zweck wird er seine Unterstüßungsbasis in den Vereinigten Staaten, ob jüdisch oder nicht jüdisch, voll ausnützen - und Carter sieht Halbzeitwahlen Ende 1978 entgegen, bei denen ihm eine zionistische Lobby, besonders innerhalb der eigenen Partei, ernsthafte Schwierigkeiten machen könnte. Daher seine Eile, nach Genf zu kommen.

Es besteht auch eine echte Gefahr, daß sich Begin stark genug fühlen wird, um Washington zu trotzen und einen raschen Krieg vom Zaun zu brechen, um die von ihm besetzten Gebiete zu festigen und zu vergrößern. Ein Bericht über israelische Waffenkäufe in den letzten vier Jahren⁽¹⁾ zeigt, wie sehr sich die militärische Lage im Nahen Osten seit dem Krieg von Oktober 1973 gewandelt hat. Damals wurde Israel im großen und ganzen durch arabische Kräfte der vordersten Linie (Ägypten, Jordanien, Syrien) an Schießkraft überboten. Heute jedoch hat es ▶



einen enormen Vorteil bei verwendbarer Kampfausrüstung infolge des Waffen-Modernisierungsprogramms im Wert von vielen Billionen Dollar. Dre Middleton berichtete in der "New York Times" (7. Nov. 1977) daß "Israel irgendeiner Allianz arabischer Mächte bezüglich der Bewaffnung und der ausgebildeten Soldaten so weit voraus ist, daß Druck von Außen nur einen Randeffekt auf seine strategischen Entscheidungen haben wird". Laut "Washington Post" (26. Oktober 1977), hat Israel mit massiver Unterstützung in den USA einen Vorrat an Waffen, Munition und Kraftstoff angehäuft, der für einen konventionellen Krieg an drei Fronten 30 Tage ausreicht. Und hohe israelische Beamte haben amerikanischen Besuchern erzählt, daß die Strategie der Israeli in irgendeinem neuen Krieg die wäre, die beiden wichtigsten arabischen Feinde (Ägypten und Syrien) so rasch und vollständig zu zerstören, daß die Araber in den nächsten zehn Jahren keine militärische Bedrohung Israels darstellen können. Offiziell sind die Vereinigten Staaten nur bereit, den israelischen Streitkräften so viele Waffen zu geben, um einen arabischen Angriff abzuwehren, jedoch nicht genug, um einen Hauptangriff gegen die arabischen Staaten zu unternehmen. Die Realität sieht anders

aus. Die Forderungen der Israeli basierten eher auf den angegebenen arabischen, verfügbaren Kräften (Stand von Soldaten, Waffen usw. auf dem Papier), als auf einer realistischen Berechnung verwendbarer arabischen Militärpotentials. Michael Klare und Daniel Volnar verweisen darauf ... jede objektive Einschätzung müßte die Tatsachen mit in Rechnung stellen, daß: ein Drittel der Armee Syriens von den "friedenserhaltenden" Operationen im Libanon in Anspruch genommen wird; daß der Großteil von Ägyptens riesigen Waffensortiment sowjetischer Herkunft unbrauchbar ist, da es an Ersatzteilen und richtiger Pflege fehlt - eine Folge Sadats Wechsel von sowjetischen zu westlichen Lieferanten. Über den Umfang des Waffenflusses nach dem Nahen Osten berichten Klare und Volnar:

... der Zufluß an Waffen nach dem Nahen Osten hat sich seit dem Krieg 1973 enorm erhöht. Unter Verwendung von Unterlagen, die die US Arms Control and Disarmament Agency zur Verfügung stellte, sehen wir, daß der Gesamtwert von militärischem Transportgut nach dem Nahen Osten von 4,6 Billionen Dollar in 1970/72 auf 10,6 Billionen Dollar in den folgenden Jahren gestiegen ist, das ist eine Erhöhung um 130 %. Sieht man sich Israel und die Staaten an der vordersten Grenze allein an, so finden wir eine vergleichbare Erhöhung, von 2,95 Billionen in 1970-72 auf 5,9 Billionen in 1973-72. Und diese Ziffern zeigen tatsächliche Lieferungen an. Be-

stellte und noch nicht ausgelieferte Rüstungsgüter würde diese Gesamtsummen noch beträchtlich erhöhen. Israel hat, zum Beispiel, um 7 Billionen Dollar von den USA seit 1973 bestellt, doch Lieferungen in nur halber Höhe bekommen. Inzwischen hat Ägypten sehr große Bestellungen bei Erzeugern in Frankreich und Großbritannien aufgegeben, doch von dieser Ausrüstung nur einen kleinen Prozentsatz erhalten.

Es ist klar, daß, wenn diese ganze Munition tatsächlich geliefert wird, die im Streit verwickelten Staaten in der Lage sein werden, die Kriegsführung viel gewaltiger zu gestalten als im Krieg von 1973.

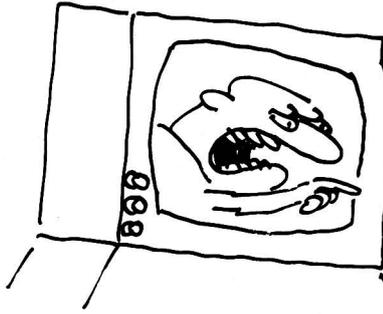
Es hat auch eine bedeutende Bewegungsänderung in der Richtung des Waffenflusses gegeben. Vor dem Krieg in 1973 bekam Israel weniger als 30 % aller Waffen, die in die Konfliktzone geliefert wurden. Seit 1973 ist der Anteil der Israeli auf mehr als 53 % angestiegen, der Anteil Ägyptens ist von 54 % in 1970/72 auf 17 % in 1973 bis 75 zurückgefallen. Des laut "World Military Expenditure" (Weltausgaben für Rüstung) (US Arms Control and Disarmament Agency).

Die Lieferanten haben ebenfalls gewechselt. Vor 1973 war die Sowjetunion der wichtigste Waffenlieferant an das Streitgebiet (conflict area). Heute ist die Sowjetunion zweite hinter den USA, Großbritannien und Frankreich sind als Großlieferanten in Erscheinung getreten. Weiters gibt es bei den Rüstungen nicht nur einen Anstieg hinsichtlich der Menge, sondern auch bezüglich der Qualität. Klare und Volnar berichten:

"Es ist wahr, daß viele neue Technologien bereits im Krieg in 1973 verwendet wurden, wie Antitankgeschosse mit Präzisionszielführung (precision-guided antitank missiles) und tragbare Boden-Luft-Geschosse (surface-to-air missiles = SAMs). Aber seither hat es praktisch eine Revolution der Militärtechnologie gegeben, daß sogar diese Waffen des Jahrgangs 1973 zum alten Eisen gehören. Besonders bedeutend ist die Einführung fortgeschrittener elektronischer Gegenwaffen (elektronic countermeasures = ECMs = Geräte, die Radar, Funkverbindung und Zieleinrichtungen des Feindes lahmlegen) und "Abstands"- (standoff) Waffen (das sind Munitionen mit Zieleinrichtungen, die abgeschossen und gezielt werden können, ohne den Angreifer dem feindlichen Feuer aussetzen). Diese machen viele der Verteidigungswaffen, die im Oktoberkrieg verwendet wurden, nutzlos. Und hier wieder, gab es eine echte Diskrepanz in der Verteilung der importierten Waffen: wo Ägypten vor 1973 eine gute Be-

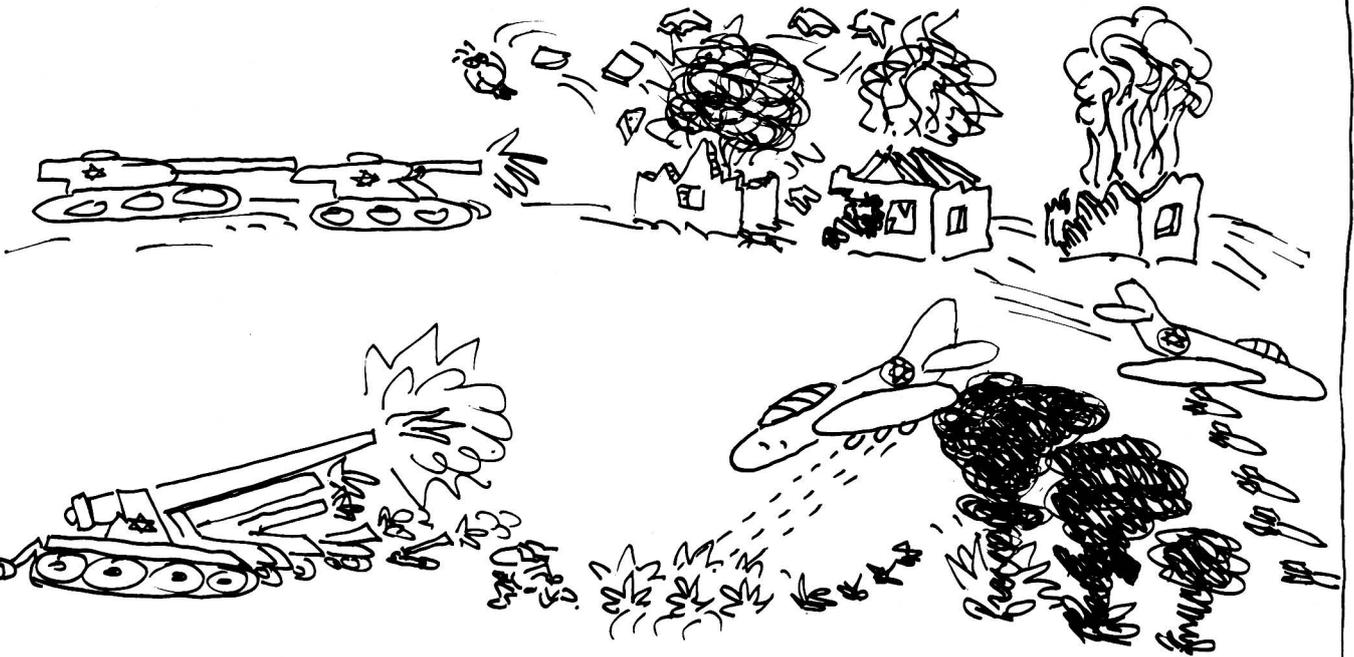
WARNUNG:

Terrorismus im Kleinen bringt bei hohem Risiko nichts ein (außer schlechter Kritiken in den Medien). Das ist wie im Geschäftsleben



Terror! Bürgerkrieg!
Abendland geht unter
(dieses Mal endgültig!)
Solidarität der
Demokraten!

betreibt man die Sache aber im großen Stil, sieht
alles gleich viel besser aus:



Intervention
begrenzte Aktion
Operation, groß
angelegt



Normal: Wenn schon, dann gleich richtig!

lieferung mit fortgeschrittenen Waffen der Sowjetunion erhielt und Israel merklichen Mangel an einigen Technologien hatte (besonders ECMs und Verteidigungswaffen gegen Geschosse), ist Ägypten heute so gut wie bar vieler neuer Systeme, während Israel eine Riesenauswahl neuer Geschosse, Radareinrichtungen, Überwachungssysteme und elektronisches Kriegsgerät erhalten hat“. Schließlich, während beide Seiten versucht haben, eine eigene bedeutende Rüstungsindustrie zu entwickeln, unter Zuhilfenahme des erforderlichen Know-how (technologischen Wissens) von fortgeschrittenen Industriemächten, hat auch hier Israel einen riesigen Vorsprung. Israel erzeugt 40 % seines Kampfmaterials selbst, einschließlich der Überschalljäger (Kfir), Luft-Luft-Geschosse (Gabriel) und eine große Auswahl an Raketen, Artillerie und kleinen Waffen; und laut 'New York Times' (16. März 1976) besitzt Israel ein Lager von Kernwaffen. Auf der anderen Seite haben die Araber eine Organisation zur arabischen militärischen Industrialisierung (Arab Military Industrialisation Organisation) mit Kapital aus Saudiarabien ins Leben gerufen, doch wird es wahrscheinlich lange dauern, ehe irgendeine arabische Nation sich nur teilweise mit den wichtigsten Waffen selbst versorgen kann.

Was würde geschehen, wenn Israel sich weigert, einen Kompromiß zu schließen und versucht, seine Stellung in den besetzten Gebieten und darüber hinaus zu festigen – zum Beispiel indem es von der jetzigen Unterstützung der Christen im südlichen Libanon ausgeht und den Litanifluß hinauf Eroberungen beginnt? Dies würde die Israelis direkt vis a vis der syrischen Armee stellen, ohne die Schranke der Golanhöhen und der UNO-Truppen dazwischen. In dieser Lage wäre der Krieg zwischen Israel und Syrien fast unvermeidlich, es fiel Ägypten sehr schwer, neutral zu sein, und die arabischen Armeen würden fast sicherlich eine Niederlage erleiden.

Dies wäre eine Katastrophe nicht nur für die arabischen Regierungen, sondern auch für die Vereinigten Staaten, denn es könnte zum Sturz der jetzigen arabischen Freunde führen. Nach dem Krieg im Juni 1967 wollte Nasser zurücktreten, doch das Ägyptische Volk, das ihn liebte, weigerte sich, ihn gehen zu lassen. Aber wenn die jetzigen arabischen Führer in den späten Siebzigerjahren ein ähnliches Fias-

ko erlitten, würde Sadat bestimmt hinausgeworfen werden, möglicherweise Assad auch, und man soll wissen, daß sogar in Saudiarabien die Regierung der alten Feudalscheichs durch eine neue Mittelklasse ehrgeiziger Technokraten bedroht ist. Eine neue Flucht der arabischen Armeen würde radikalere Führer an die Macht bringen und die grundlegenden Interessen der USA bedrohen. Die Vereinigten Staaten haben daher starke Gründe, daß sie mit Begin ebenso grob werden wie Eisenhower mit Ben Gurion 1956. Noch eine weitere Gefahr fortwährender Konflikte im Nahen Osten, eines neuen Krieges in dieser Region, der die Supermächte im Weltmaßstab verwickeln könnte, liegt nicht so sehr in der Sturheit der Israelis oder daran, daß in Genf oder anderswo keine Einigung erzielt wird. Die echte Gefahr liegt in der Möglichkeit, daß diese Pressionen zu Überkommen führen, die zwar den Bedürfnissen der Supermächte, Westeuropas und der arabischen Staaten entsprechen und die Israel mit geziemender Unwilligkeit annehmen könnte, die aber die lebenswichtigen Forderungen der Palästinenser umgehen. Forderungen nach Anerkennung ihrer nationalen Rechte und dessen geringster Ausdruck ein unabhängiger nationaler Staat auf den in 1967 besetzten Gebieten sein muß. Denn, wenn die PLO gezwungen wird, eine Fassadenunabhängigkeit unter jordanischer, syrischer und ägyptischer Überwachung zu akzeptieren, die zynisch als die gesuchte nationale Staatseinheit bezeichnet wird, dann setzt sich der Konflikt fort und die Enttäuschungen der Palästinenser werden das ganze Gebiet zu einem schwelenden Brandherd machen.

Wer sollte die Palästinenser in Genf vertreten? PLO-Führer, kleine Vertreter der PLO oder Bürgermeister vom Westufer? Meiner Ansicht nach ist dies nicht so wichtig, obwohl es klar ist, daß keine Palästinenser es akzeptieren würden, daß Hussein für sie spricht oder ihre Delegierten auswählt. Jedewede Palästinenser, ob von der PLO oder vom Westufer werden auf dieselben Forderungen bestehen, auf derselben Plattform stehen. Seit der Gründung der PLO 1964 war es nie möglich, daß die Israelis, irgendwelche arabischen Staaten oder die USA sich einen Strohmännchen- oder Marionettenap-

parat der Palästinenser schaffen konnten, wie es die Franzosen in Vietnam und – später – die USA in Südvietnam (und in vielen anderen Ländern der Dritten Welt in ihrer Einflußsphäre) taten.

Die Säureprobe jeder Vereinbarung wird daher nicht sein, wer die Palästinenser vertritt, sondern ob sie gezwungen sind – wie die Vietnamesen in Genf 1954 – einen Kompromiß zu akzeptieren, der ihnen die nationalen Rechte und das verlangte Heimatland vorenthält. Wir sollen uns erinnern, daß der in Genf 1954 erreichte Kompromiß, der – widerwillig von den Vietnamesen akzeptiert – von den Franzosen, den Briten, den Russen und den Chinesen unterstützt wurde, binnen zwei Jahren von allen gebrochen wurde und nur zu einem neuen und noch blutigeren Krieg führte. Ein solcher Kompromiß gegen das Recht der Palästinenser würde auf gleiche Weise fast unvermeidlich zu neuen und noch blutigeren Konflikten führen, insbesondere, weil das Gebiet nun eines der am schwersten bewaffneten der Welt ist. *Peggy Duff* ■

Begin und Weizmann haben in verschiedenen Erklärungen betont, daß die israelische Intervention – eine der zahllosen bewaffneten Aggressionen der israelischen Armee nicht als Vergeltungsschlag für die terroristische Aktion bei Tel Aviv gedacht sei. Es wäre auch schwierig gewesen, vor der Weltöffentlichkeit eine derart großangelegte militärische Operation gegen Zivilisten, Flüchtlingslager, gegen Städte und Dörfer des Libanon als eine Aktion "Auge um Auge, Zahn um Zahn" zu rechtfertigen. Begin sprach davon, der PLO "den Arm abzuschlagen". Das ist leichter gesagt als getan. Da die PLO kein Ein-Mann-Unternehmen ist, wachsen ihr an Stelle jedes abgeschlagenen Arms Dutzende nach. Mit jedem Waffengang schneidet Israel zudem sich selbst immer tiefer ins eigene Fleisch, mit jedem Quadratkilometer neu okkupierten arabischen Bodens schafft es sich tausendfach neue Probleme. Man braucht kein Kreisky-Fan zu sein, wie es auch offensichtlich keines revolutionären, sondern eines schlicht realpolitischen Verstandes bedarf, um diese Einsicht zu gewinnen. Immerhin, Kreisky hat diesen Verstand, Und das ist besser als gar keiner.

De Gaulle und kein Ende?

Auf den ersten Blick mag das Abschneiden der Linken bei den Wahlen am 11. und 18. März 1978 gar nicht so schlecht wirken. Immerhin ist erstmals in der Geschichte der 5. Republik eine Partei der Linken, nämlich die SPF stimmenstärkste Partei in Frankreich. Erstmals in der Geschichte der 5. Republik wird die Linksoption mit mehr als 200 Mandatarn ins Parlament einziehen (von insgesamt 491 Mandaten). Erstmals gilt das vom enttäuschten Spitzenkandidaten der SP, François Mitterrand am Abend des 18. März geprägte Wort: "Die Mehrheit des Volks steht links, wenn auch die parlamentarische Mehrheit rechts steht".

Die vereinheitlichende Dynamik, die die Linkseinheit ausgelöst zu haben schien, schien auch für Frankreich die Wende mit sich zu bringen. Auf Grund der ungerechten Wahlordnung der 5. Republik, brauchte die Linke ungefähr 52 % der Wählerstimmen für eine parlamentarische Mehrheit.

Dies gelang jedoch nicht: im ersten Wahlgang erreichte die Linke "nur" 48,6% der Stimmen, mithin fast 14 Millionen Wähler, im zweiten Wahlgang sogar 49,3% der Stimmen, fast 15 Millionen Stimmen.

Mit 50,2% der Stimmen aber hatte die Regierung nicht nur eine bequeme parlamentarische Mehrheit erhalten, sondern auch die stimmenmäßig stärkere Hälfte Frankreichs bleiben können. Was war geschehen?

Krise und Reform

Vor der Analyse der Politik der Linken sei der ökonomische Hintergrund dieser Wahlen angerissen: in Frankreich gibt es derzeit mehr als 1,5 Millionen Arbeitslose bei einer Inflation von mehr als 9% (1977). Die OECD hat in ihrem Halbjahresbericht im wesentlichen eine Verschlechterung

der wirtschaftlichen Lage vorausgesagt. Bei einer Wachstumsrate von unter 3% erwartet die OECD ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit bei geringfügiger Verringerung der Inflationsrate. Die typischen Auswirkungen der Austerity-(Spar-)Politik der bürgerlichen Mehrheitsparteien, ein Abwälzen der Krisenfolgen auf die Arbeiter und Angestellten.

Der Bruch der Linkseinheit kündigte sich im Frühherbst 1977 an, als Marchais gemeinsam mit dem politischen Büro der KPF eine Aktualisierung des Gemeinsamen Programms forderte. Diese Aktualisierung war aus verschiedenen Gründen notwendig geworden: Zum ersten hatte die Krise des internationalen Kapitals auch auf Frankreich durchgeschlagen, zum zweiten hatte es Veränderungen zwischen den französischen Parteien und insbesondere innerhalb der Linkseinheit gegeben.

Bei all diesen Diskussionen müssen freilich zwei Aspekte vermerkt werden: Zum ersten ist es offensichtlich bei der Auseinandersetzung um die Aktualisierung des Gemeinsamen Programms vor allem um taktische Differenzen gegangen, oder, genauer: um wahl-

taktische. Wie anders wäre es sonst zu interpretieren, daß sowohl die SP als auch die KP am Montag zwischen den beiden Wahlgängen in nur vierstündiger Diskussion die zentralen Differenzen begraben konnten?

Dieser Vorwurf geht freilich vor allem an die Adresse der KPF. Sie war es letzten Endes, die durch die Verweigerung der "republikanischen Disziplin", der Bereitschaft also, im zweiten Wahlgang schlechter gestellte Kandidaten zugunsten der Bessergestellten im Rahmen der Linkseinheit zurückzuziehen, ein Klima der Unsicherheit geschaffen hat, und es der Regierungsmehrheit dadurch leicht machte, auf einen weiteren Unsicherheitsfaktor im Falle eines Wahlsieges der Linken zu verweisen.

Zum zweiten zeigt sich gerade in der militärpolitischen Auseinandersetzung eine der Hauptschwächen der KPF: Ihre Forderung nach Beibehaltung der atomaren Streitkräfte "Force de Frappe", ihre Forderung nach einer allseitigen Landesverteidigung ("à tous azimuts") entspricht voll der reaktionären Verteidigungskonzeption der Gaullisten, an die sich die KPF nicht nur in diesem Zusammenhang - als Drohung an die Adresse der SP, aber auch zum Teil aus reinem Opportunismus - anbietet.

Es ist in diesem Zusammenhang auch typisch, daß die Vereinheitlichungsversuche, die nach dem Scheitern am 22. September 1977 vor allem von der PSU, einer Gruppe außerhalb der Linkseinheit, ausgingen, von allen Gruppierungen, mit Ausnahme der SPF, ernst genommen wurden. Sowohl die CFDT (links-unabhängige zweitstärkste Gewerkschaftsfraktion in Frankreich, selbstverwaltungsorientiert, Unterzeichner des Gemeinsamen Programms) als auch die CGT (stärkste, KP-nahe Gewerkschaft, ebenfalls Unterzeichner des Gemeinsamen Programms) und insbesondere auch die KPF nahmen an den vom PSU initiierten Diskussionen um die Fragen der Vereinheitlichung teil. Die KPF verzichtete sogar zugunsten von zwei PSU-Kandidaten schon im ersten Wahlgang auf ihre eigenen Kandidaten und rief in diesen Wahlkreisen zur Unterstützung der PSU-Kandidaten auf - in aussichtslosen Wahlkreisen zwar, aber immerhin eine Geste, die von Seiten der SP fehlte.

In diesem Klima wirtschaftlicher Unsicherheit mögen die zum Teil unverhohlenen Drohungen der USA und der BRD gewirkt haben, die nunmal Kommunisten in westeuropäischen Regierungen abgeneigt sind; verbunden mit den ebenso unverhohlenen Drohungen mit Kapitalflucht (und man beachte, daß 1977 die privaten Investitionen schon um 2% rückläufig waren) und den *Beschwörungen des Staatspräsidenten*, ein Parlament zu wählen, mit dem er zusammenarbeiten könne, widrigenfalls die Unsicherheit noch stärker würde und er ohnedies Neuwahlen zu veranstalten gedächte - all dies mag zusammen bewirkt haben, daß der angesagte Wechsel nicht stattgefunden hat.

Die gesplante Einheit

Zudem ist festzuhalten, daß es seit dem 22. September 1977 die Einheit in der Linken de facto nicht mehr gibt. Damals waren die Verhandlungen zwischen SP, dem linksliberalen MRG (Mouvement Radical de Gauche, linke Abspaltung der zur bürgerlichen Mehrheit gehörenden bürgerlich-liberalen Radikalen Partei) und der KPF gescheitert. Die Gründe für die Spannungen zwischen den Volksfront-Partnern liegen in der Konstruktion des Bündnisses selbst.

Seit dem Zustandekommen des Programme Commun (Gemeinsames Programm der Linken) haben im speziellen die Genossen der PSU (Sozialistische Partei der Einheit, Gruppierung, die an Aktivitäten wie dem LIP-Streik oder der Anti-AKW-Bewegung in Frankreich führend beteiligt ist und die für einen Selbstverwaltungssozialismus eintritt) Kritik an diesem gemeinsamen Programm geübt, weil es wohl dem vereinheitlichenden Wunsch der Arbeiter- und Angestelltenbasis entsprach und einem fundamentalen Wandel nach 20 Jahren gaullistischer Herrschaft möglich machte, jedoch auf Grund der vielen undiskutierten wichtigen Fragen das Moment der Spaltung in sich barg.

Im übrigen verzichtete die KPF auch bei einigen aussichtslosen Wahlkreisen zugunsten reaktionärer gaullistischer Kandidaten, wie

dem General Pinoche, der vor allem deshalb zur Regierungsmehrheit in Opposition steht, weil diese eine zu weite Öffnung an diverse Bündnissysteme zuläßt. Die KPF als Bewahrer gaullistischer Traditionen?

Perspektiven nach den Wahlen

Bürgerliche Kommentatoren haben schon vor dem Wahlgang ein Zerreißen der Linkseinheit prophezeit. Der französische Politikwissenschaftler und Professor an der Sorbonne *Hammer* beispielsweise wies schon lange vor den Wahlen darauf hin, daß Mitterrand gemeinsam mit dem Anhängsel des MRG und dessen rechten Exponenten Fabre schon lange die Absicht habe, ein liberal-sozialdemokratisches Regierungsbündnis à la BRD zu installieren. Die KPF kann jedoch mit Recht darauf verweisen, daß Mitterrand verschiedentlich bei Tagungen der Sozialistischen Internationale darauf hinwies, daß wohl die sozialdemokratischen Prinzipien für alle Parteien zu gelten haben, die Taktik aber von den politischen Gegebenheiten im jeweiligen Land abhängen. In Frankreich führe eben kein Weg zur Arbeiter- und Angestellten-schaft unter Ausschluß der KPF.

Der kleinste Partner des Gemeinsamen Programms hat bereits unmittelbar nach der Wahlniederlage erklärt, das Bündnis existiere für ihn nicht mehr; so lautet zumindest die Erklärung des Parteivorsitzenden *Fabre*, die dieser allerdings dem Wortlaut, nicht aber dem Sinne nach unter dem Druck der Restpartei zurückzog.

Pierre Mauroy, ein führender Vertreter der SPF, konnte schon zwischen den beiden Wahlgängen erklären, für ihn sei die *Gemeinsamkeit zwischen den Arbeiterparteien aus-geschöpft*, es möge jede Partei zu ihrer programmatischen Unabhängigkeit zurückkehren. Mitterrand sprach in diesem Sinne unmittelbar nach der Wahlniederlage, die Schulden würden von der Geschichte entlarvt werden - sie hätten die Hoffnungen von 15 Millionen Wählern enttäuscht.

Freilich, und das muß auch die Linke zur Kenntnis nehmen: gesellschaftliche Veränderungen bedürfen des gesellschaftlichen Einverständnisses; Roßtäuschereien sind keine legitime Methode dazu. Die KPF hat ihre Bündnispartner insbesondere dadurch empört, daß sie

die einzige Partei war, die auf die Kosten und Schwierigkeiten des Gemeinsamen Programmes hingewiesen hat. Die KPF hat diese Kosten mit einem Milliardenbetrag in französischen Francs beziffert und gesagt, daß dieses Geld nur durch forcierte Steuererhöhungen für das Kapital und Verstaatlichung auftreibbar wäre. Eine These, der die SP und insbesondere die MRG heftig widersprochen haben.

Die KPF hat dies allerdings nie ohne Hintergedanken gemacht. Auf die Schwierigkeiten des Gemeinsamen Programmes der Linken hat sie insbesondere immer dann hingewiesen, wenn sie ihre Bündnispartner in Schwierigkeiten bringen wollte. So hat die KPF die Kosten des Programme Commun gerade am Vorabend einer Diskussion Mitterrand-Barre veröffentlicht und damit den Premierminister der bürgerlichen Regierungsmehrheit Mitte September ein ausgezeichnetes Argument in den Mund gelegt. Wie auch insgesamt die Politik der KPF eher darauf hindeutet, daß sie nicht unbedingt an einer gemeinsamen Regierung der Linken mitten in der Krise interessiert war. Sicher ist, daß nach der letzten Niederlage die Situation in Frankreich für die Arbeiterbewegung insgesamt eher schlechter geworden ist. Ob mit ehrlich formulierten gesellschaftsverändernden Perspektiven ein besseres Resultat ist fraglich. Ebenso ist fraglich, ob ein gemildertes Austerity-Programm, wie es die SP im Sinne hatte, von einer gemeinsamen Linken hätte getragen werden können. Auf jeden Fall hätte es geheißen, von der KPF Selbstaufgabe zu verlangen.

Dabei jedoch bleibt es nach wie vor erstaunlich, daß es der KPF zwischen den beiden Wahlgängen trotzdem möglich war, sich mit ihren Partnern zu einigen und eine Reihe von Prinzipienfragen auf die Zeit nach der Wahl zu verschieben. Dies mag zwar die KP selbst gestärkt haben; die Linke insgesamt hat es geschwächt.

Die Antwort auf die Krise wird in den nächsten Jahren von der Arbeiterbewegung gegeben werden. Und zwar nicht nur bei den Präsidentenwahlen 1981. Auf die Parteien allein kann sich die Arbeiterbewegung nicht verlassen; diese Erfahrung hat zuletzt die französische Parlamentswahl bewiesen.

Ronny Pohoryles ■

Der Kumpel lebt nicht vom Brot allein

Nach Ostern wird es feststehen, ob der längste Bergarbeiterstreik in den USA nach nahezu drei Monaten Dauer zuende geht oder eine höhere Stufe der Auseinandersetzungen erreicht. Daß hieße diesmal Blutvergießen (wenn die Nationalgarde Streikbrechern den Weg gewaltsam öffnen wollte) und Übergreifen des Konfliktes auf andere Industriesektoren und weitere Teile der US-Arbeiterschaft.

Die Ursachen des Konfliktes

Alle drei Jahre steht eine Verhandlungsrunde zwischen den Zehengesellschaften und den Minenarbeitern, repräsentiert durch die Gewerkschaft United Mine Workers (UMW) auf der Tagesordnung. Seit dem letzten großen Streik 1950 wurden viele Verbesserungen nicht nur auf dem Lohnsektor durchgesetzt. Lohnverbesserung ist auch diesmal nicht der Kern des Konfliktes, der die Gewerkschaftsgelder in der Streikkasse längst aufgezehrt hat (500 Dollar Lohnverlust hatte jeder einzelne Kumpel bisher, 200 Millionen Dollar in der Woche die US-Wirtschaft.) Von den Unternehmern wurden 37 % Lohnerhöhung über drei Jahre angeboten – und die Bergarbeiter gehören an und für sich zu den gutverdienenden Arbeitern Amerikas. Zur großen Überraschung des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Minenarbeiter, Miller, wurde das Ergebnis der ersten Verhandlungsrunde vom Vorstand mit 30 zu 6 Stimmen abgelehnt, weil Miller für den relativ günstigen Lohnabschluß schwerwiegende Zugeständnisse gemacht hat, wie die Abschaffung des 30jährigen kostenlosen

Gesundheitsprogramms. In die statt dessen vorgesehene neue Krankenversicherung sollten auch die Minenarbeiter einen Teil einzahlen und – das ist der springende Punkt – bei Teilnahme an wilden Streiks müßten sie Geldbußen an die Gewerkschaftskassen entrichten, sozusagen als Kompensation für den Verlust der Unternehmerbeiträge während solcher “unkontrollierter“ Arbeitskämpfe. Weiters stimmte Miller zu, auf jenes erst 1974 erkämpfte fundamentale und lebenswichtige Recht zu verzichten, wonach Bergarbeiter solche Gruben nicht zu betreten brauchten, in denen die Sicherheitsvorkehrungen nicht ausreichend waren. (Jährlich kommen in den US-Minen bei Unfällen 100 Menschen ums Leben.) Und lat but not least sollten künftighin Pensionen verschieden abgestuft ausgezahlt werden – was die jüngeren Kumpel aus Solidarität mit den älteren ebenfalls ablehnten.

Unternehmersolidarität

Von dem zu erwartenden Konflikt, der von den Zehengesellschaften geradezu vorprogrammiert war, müssen die Elektrizitäts- und Stahlkonzerne (Hauptbezieher von Kohle) zum mindesten sehr genau gewußt haben: sie haben vor Beginn der Verhandlungsrunde für drei Monate Kohlehalden aufgetürmt und sahen dem kommenden Streik der Bergarbeiter gelassen entgegen. Allerdings – für länger als drei Monate reichten die Vorräte doch nicht. Über die drohende Entlassung von 1,3 bis 2 Millionen Arbeitern, infolge der Energieknappheit bei General Motors, Ford und Chrysler wie über die gesamte Situation freut sich inzwischen jene AKW-Lobby, die seit der Erklärung der

Kohle zum Energieträger Nr. 1 durch Carter diesen eines besseren belehren möchte und mit den Zehengesellschaften zum großen Teil identisch sein soll ...

Ein verkaterter Carter

Nach den verschiedenen großspurigen Versprechungen, die Carter der Nation gemacht hatte, dürfte bei ihm und in seiner Umgebung eine verkaterete Ausnüchterung eingekehrt sein. Die außenpolitischen Kampagnen sind danebengegangen, Erfolge sind ausgeblieben, und die ungelösten innenpolitischen Probleme türmen sich zu Hauf. Zu allem Überdruß wurde ihm auch noch der kohlkocksschwarze Peter im Tarifkonflikt der Bergarbeiter zugesteckt. Er hat zwar bisher schon wiederholt interveniert, jedoch ohne Erfolg. Unter den zwei letzten Maßnahmen, die ihm verblieben, ergriff er die erste, das Inkraftsetzen des Taft-Hartley-Gesetzes. Es sieht eine sogenannte “Abkühlungsperiode“ von 80 Tagen zwischen den uneinigen Tarifpartnern vor, bedeutet aber faktisch nichts anderes als die gesetzliche Verordnung an die streikenden Arbeiter, an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren. Genau das aber hat sich bei den Kumpels noch nie durchsetzen lassen. Sie haben bisher schon Streikbrecher mit teils unsanften Mitteln abzuwehren gewußt: Frachtkähne wurden beschossen, an Brücken und Eisenbahnkörpern mußten Dynamitladungen entschärft werden... Bleibt Carter noch die zweite Maßnahme, deren Androhung hinter den Kulissen die Zehengesellschaft vielleicht doch noch zum Nachgeben bewegen könnte: die vorübergehende Beschlagnehmung der Minen, was Carter die Möglichkeit böte, als direkter Tarifpartner die Forderungen der Bergarbeiter zu erfüllen. Diese Maßnahme fordert auch der Boß der US-Gewerkschaften AFL-CIO, George Meany.

Zwischen Tradeunionismus und Klassenkampf

Das ist das eigentliche Problem aus unserer Sicht in der amerikanischen Arbeiterbewegung: die Basis ist immer wieder rebellisch gegen das ausbeuterische System, es gibt viele Beispiele von harten Auseinandersetzungen auf betrieblicher Ebene, aber der Konflikt geht fast nie über diese Ebene hinaus – dank den Gewerkschaftsbossen, ▷

die freilich nur Symbolfiguren von Gewerkschaftsorganisationen sind, deren korrupte Praktiken allgemein bekannt sind, aber erst das Licht der Öffentlichkeit erblicken, wenn sie sich zu schwerer Kriminalität ausweiten. Der Fall Jablonski ist ein grausiges Beispiel dafür und hat sich - Zufall oder nicht - auf dem Hintergrund der United Mine Workers abgespielt. Jablonski, seine Frau und Tochter wurden in der Silvesternacht 1969 ermordet. Er hatte es gewagt, gegen den amtierenden Gewerkschaftsboß, Boyle, zu kandidieren und unterlag unter zweifelhaften Umständen, die er im Nachhinein gerichtlich aufklären lassen wollte.

Der unglücklich agierende jetzige Chef der UMW, Miller, siegte damals in einer vom Bundesrichter erzwungenen Neuwahl gegen den inzwischen im Gefängnis gelandeten Boyle. Der damalige einfache Kumpel mit einem beachtlichen Reformprogramm fährt heute einen neunsitzigen Cadillac, bewohnt eine zweite Residenz in Washington von einer eigenen Leibgarde bewacht, und hat seine Bezüge auf bescheidene 45.000 Dollar im Jahr erhöht.

Hier liegt der Bruch, der den gewaltigen Sprung von Tarifikampfbereitschaft zum Klassenkampf und Klassenbewußtsein bei der amerikanischen Arbeiterschaft so sehr erschwert. Dieser Widerspruch läßt sich auch am Beispiel *american Way of solidarity* gut aufzeigen: Den streikenden Bergarbeitern, die seit Wochen das Nötigste zum Leben beim Kaufmann aufschreiben lassen müssen, wurde Hilfe in Form von Lebensmittellieferungen von unerwarteter Seite zuteil. US-Farmer schickten ihnen ihre überschüssigen Produkte. Wie das? Die Farmer sind auf Carter schlecht zu sprechen, weil dieser sich weigert, die Preise für Lebensmittel weiter zu erhöhen. Wie heißt es so schön: der Feind meines Feindes ...

Trotzdem sollte man auch in den USA Tarifikämpfen jene Bedeutung nicht absprechen, über die sie auch in westeuropäischen Ländern mit den besten Traditionen der Arbeiterbewegung oft nicht hinauskommen: sie sind die Elementarschule des Klassenkampfes, der nicht die hinreichende, aber die notwendige Voraussetzung zum Klassenbewußtsein ist.

Zsolt Patka ■

argentinien



Spiele, aber kein Brot

Während die Kosten für die Durchführung der WM immer mehr nach oben revidiert werden müssen, sehen sich die argentinischen Arbeitnehmer zu einer stetigen Einschränkung ihres Lebensniveaus gezwungen: Die Zahl der Arbeitsstunden, die ein Arbeiter benötigt, um sich und seine Familie mit den notwendigsten Dingen zu versorgen, steigt unaufhörlich. Da sich auch soziale Einrichtungen, wie Krankenhäuser, Schulen usw. in einem desolaten Zustand befinden, wird für viele alles, was über das unmittelbar zum Überleben Notwendige hinausgeht, zum Luxus. Für die wachsende Zahl von Arbeitslosen oder Gelegenheitsarbeitern scheint selbst das Überleben gefährdet.

Es ist angesichts solcher Zustände nicht verwunderlich, wenn die Stabilität dieses Systems nur durch grausame Repression gewährleistet werden kann: Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen den Interessen, die hinter der heute in Argentinien betriebenen Wirtschaftspolitik stehen und der zu ihrer Durchsetzung angewendeten Mittel. Folter und Mord sind nicht Ergebnis der psychischen Defekte einiger Militärs, sondern bewußt und planmäßig eingesetzte Instrumente zur Sicherung der Herrschaft jener terroristischen Minderheit, welche die und einheimisches Großkapital im Bündnis mit dem reaktionären Großgrundbesitzertum.

Ökonomische Ursachen des Putsches

Die chronische Krise der abhängigen Wirtschaft Argentiniens schlug sich in den Jahren vor dem Putsch u. a. in einer defizitären Zahlungsbilanz sowie in einer wachsenden Verschuldung gegenüber dem Ausland nieder. In der Folge wuchs der Druck der ausländischen Geldgeber, die weitere Kreditzusagen von einer ihnen genehmen Wirtschaftspolitik abhängig machten. Die Grundzüge dieser Wirtschaftspolitik kommen besonders deutlich in den Bedingungen, die der Internationale Währungsfonds an eine Kreditvergabe zu knüpfen pflegt, zum Ausdruck: Sie bestehen in einer Freigabe der Preise bei gleichzeitigem Einfrieren der Löhne (und damit einer Einschränkung des inneren Marktes), in der Reduzierung des Budgetdefizits durch Einsparung bei Sozialausgaben, in einer absoluten Privatisierung der Wirtschaft.

Im März 1976 verweigerte der Internationale Währungsfonds (IWF) die Gewährung eines Kredites von 126 Millionen Dollar an die Regierung Isabel Perons, weil diese nicht imstande war, die vom IWF geforderten (und im Plan Mondelli artikulierten) Wirtschaftsmaßnahmen gegen eine kämpferische und immer selbstbewußtere Arbeiterschaft durchzusetzen. Argentinien stand vor dem Staatsbankrott; die

Inflationsrate erreichte schwindelnde Höhen. Wieder einmal kamen die Streitkräfte als letzter Garant der Kapitalinteressen zum Einsatz, um durch die Zerschlagung des Widerstandes der Arbeitermassen gegen eine entscheidende Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen die Bedingungen für eine ungestörte Kapitalakkumulation herzustellen.

Die Wirtschaftspolitik der Junta...

Der neue Wirtschaftsminister Martinez de Hoz verkörpert in seiner Person das Bündnis jener beiden Klassen, deren Interessen der Putsch vom März 1976 zum Durchbruch verhalf: Der Agraroligarchie und des ausländischen Monopolkapitals und dessen nationalen Partnern. Seine Familie besitzt über 300.000 ha besten Weidelandes, er selbst war Berater der Sociedad Rural (argentinische Großgrundbesitzervereinigung). Als Direktor des größten Stahlwerkskomplexes des Landes (Acindar) hatte Martinez de Hoz maßgeblichen Anteil an der blutigen Zerschlagung des 60tägigen Streiks von Villa Constitucion. Er ist Direktor zweier Versicherungsgesellschaften sowie zweier Baufirmen und Präsident einer Finanzierungsgesellschaft. Weiters ist er Mitglied des Direktoriums der Western Telegraph und der PANAM und unterhält enge wirtschaftliche Beziehungen zu US-Steel, ITT und General Electric, aber auch zu europäischen Konzernen (Brown Boveri, Siemens...)

Gleich einen Tag nach dem Staatsstreich bekundete der IWF seine Sympathie für die neue Regierung: Er bot den der rechtsperonistischen Regierung vorenthaltenen Kredit von 126 Millionen Dollar an und stellte einen weiteren Kredit von 300 Millionen Dollar in Aussicht. Die Herren vom Währungsfonds haben auch allen Anlaß, mit der Wirtschaftspolitik der Junta zufrieden zu sein: Das am 2. April 1976 vorgestellte Wirtschaftsprogramm der Junta kommt ihren Forderungen voll und ganz nach. Unter anderem sieht es eine Verbesserung der Zahlungsbilanz durch die Förderung des Exports von Agrarprodukten und die Senkung der Importe vor. Zur Herabsetzung des Budgetdefizits soll vor allem die öffentliche Wirtschaft "rationalisiert" werden. Neben der Ent-

lassung zehntausender öffentlicher Bediensteter und einer Kürzung der staatlichen Sozialleistungen werden die Mittel für den Gesundheits- und Bildungssektor drastisch reduziert. Zahlreiche staatliche Betriebe werden reprivatisiert.

Weiters beinhaltet das neue Wirtschaftsprogramm eine Freigabe der Preise und des Wechselkurses sowie die Aufhebung aller Beschränkungen für das Auslandskapital. Die Löhne werden von der Junta festgelegt: Lohnerhöhungen liegen seither stets weit unter den Preissteigerungen.

Die Einschränkung der Gewerkschaftsfreiheit macht es den Unternehmern ganz im Sinn dieser Wirtschaftspolitik leicht, den Arbeitstag zu verlängern sowie Überstunden- und Sozialvergünstigungen abzuschaffen.



...und ihre Erfolge

Das Ergebnis dieser Hungerstrategie für die Arbeiterklasse kann sich sehen lassen: Allein zwischen Juni und Oktober 1976 wurden 2,6 Milliarden Dollar des Nationaleinkommens zugunsten der großen Landbesitzer und Unternehmer "umverteilt". Die Kaufkraft der Löhne ging in der Folge des Putsches bisher um mehr als 50 % zurück, die Reallöhne sind bereits auf ein Drittel ihres Niveaus von 1973 gesunken und der Anteil der Löhne am Volkseinkommen fiel um mehr als 30 %.

Trotz dieser drastischen Senkung der Realeinkommen, von der auch die Mittelklasse betroffen wurde, konnten wesentliche Ziele der Wirtschaftspolitik der Junta nicht erreicht werden. So scheiterte sie z.B. in einem ihrer zentralen Anliegen der *Bekämpfung der Infla-*

tion. Statt der angestrebten jährlichen Inflationsrate von 80 bis 100 % stiegen die Preise z. B. zwischen August 76 und August 77 um 170 %, eine Marke, die auch für das gesamte Jahr 1977 nur geringfügig unterschritten wurde. Seit Mai 1977 ist die inflationäre Tendenz wieder steigend und die WM wird die Inflation weiter anheizen.

Die Junta hatte 1977 zum Jahr des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs erklärt und sich von der Steigerung der *Agrarexporte* eine Ankurbelung der gesamten Wirtschaft erwartet. Aber die Einnahmen aus dem Export von Agrarprodukten, die 1976 noch dank einer Rekorderte z. B. für Getreide um 16,8 % gestiegen waren, erfüllten die in sie gesetzten Erwartungen nur teilweise: zwar ermöglichten sie 1977 noch ein Wirtschaftswachstum von 4,8 %, doch sind die Schwierigkeiten, die landwirtschaftlichen Überschüsse im Ausland abzusetzen, gewachsen; gleichzeitig ging etwa der Fleischkonsum im Inland um 50 % zurück. In der Folge sank z. B. die Anbaufläche von Weizen innerhalb eines Jahres um 35,4 %.

Infolge hoher Produktionskosten und steuerlicher Belastung sowie wegen der sinkenden Preise auf dem Weltmarkt nehmen die Investitionen im Bereich Landwirtschaft und Viehzucht ab. Die Landwirtschaft erweist sich somit als unfähig, die stagnierende nationale Industrie, die der übermächtigen Konkurrenz der ausländischen Monopole nicht gewachsen ist, aus ihrer Krise herauszuführen. Die Zahl der Betriebsstillegungen wächst ständig und verschärft das Problem der Arbeitslosigkeit. Allein im August 1977 erreichte der Wert der Konkursmasse das Vierfache des gesamten Konkurswertes von 1976. Die sinkende Nachfrage bewirkt in zahlreichen Branchen Produktionsrückgänge: Während im Bereich der Automobilindustrie vorübergehend leichte Zuwachsraten zu verzeichnen waren, sank die Holz- und Möbelproduktion um 20,1 %, die Produktion der Textilindustrie um 8,6 % und die Nahrungsmittelproduktion um 6,7 % (Wirtschaftsbericht der Deutschen Bank für das erste Halbjahr 1977) Das Budgetdefizit konnte 1977 durch Kürzung der Ausgaben für Bildung, Gesundheit und Soziales erheblich reduziert werden. Allein die Ausgaben für "Sicherheit und >

Als ständige Einrichtung soll diese Seite zu wichtigen literarischen und/oder politischen Themen einen Überblick über die dazu erschienene Literatur geben.

Zum erstmaligen Erscheinen dieser Seite wollen wir *österreichische Literatur* vorstellen, die am Beispiel von Einzelpersonen gesellschaftliche Zustände in Österreich nach 1945 aufzeigt. Die beiden Schriftsteller, deren Bücher wir genauer behandeln, sind ebenso wie ihre Hauptpersonen – aus Wiener Sicht – „auf dem Lande“ aufgewachsen.

Franz Innerhofer, 1944 in Salzburg geboren, hat drei Bücher geschrieben, die weitgehend autobiographische Züge tragen, und die Geschichte des Franz Holl erzählen. Innerhofer lebte bis 1961 auf dem Bauernhof seines Vaters, besuchte dann eine Schmiedelehre, später die Arbeitermittelschule und studierte anschließend in Salzburg und lebt heute als Schriftsteller in der Schweiz. Der Romanfigur, Franz Holl, ergeht es ähnlich. Holl, ein uneheliches Kind, kommt mit sechs Jahren auf den Bauernhof seines Vaters und wird dort zu den Knechten und Mägden gesteckt. Die versuchte Abrichtung des Franz Holl zu einem willfähigen Knecht und die Unterdrückung des Gesindes durch die Bauern, zeigen Zustände im Österreich der fünfziger Jahre, die man sich als Städter nicht vorstellen kann. „Die Dienstboten und Leibeigenen wurden, sobald einer den Kopf aus der finsternen Dachkammer reckte, sofort in die Finsternis zurückgetrieben. Jahraus, jahrein wurden sie um die Kost über die grelle Landschaft gehetzt, wo sie sich tagein, tagaus bis zum Grabrand vorarbeiteten, aufschrien und hineinpurzelten. Mit Brotklumpen und Suppen zog man sie auf, mit Fußtritten trieb man sie an, bis sie nurmehr essen und trinken konnten, mit Gebeten und Predigten knebelte man sie. Es hat Bauernaufstände gegeben, aber keine Aufstände der Dienstboten, obwohl diese mit geringen Abweichungen, überall den gleichen Bedingungen ausgesetzt waren. Ein Kasten und das Notwendigste zum Anziehen waren ihre ganze Habe. Die Kinder, die bei den heimlichen Liebschaften auf Strohsäcken und Heustöcken entstanden, wurden von den Bauern sofort wieder zu Dienstboten gemacht. Die Dienstboten wußten um ihr Elend, aber sie hatten keine Worte, keine Sprache, um es auszudrücken, und vor allem keinen Ort, um sich zu versammeln. Alles, was nicht Arbeit war, wurde heimlich gemacht. Wenigstens die Nächte versuchten die Dienstboten an sich zu reißen. So pflanzte man sich von einer Finsternis in die andere fort.“ (S.23/24) „Die meisten Dienstboten wußten voneinander nicht einmal, wieviel bzw. wie wenig sie verdienten, obwohl sie gemeinsam aßen, arbeiteten und in Gemeinschaftsräumen

schliefen, an Sonn- und Feiertagen gemeinsam den Kirchgang zurücklegten, nicht wie die Bauern sich auf dem Kirchplatz versammeln durften, nicht wie die Bauern auf dem Kirchplatz ihre Interessen vertreten durften, nicht wie die Bauern Fahnen hatten, aber bei Prozessionen für die Bauern die Fahnen tragen mußten.“ (S. 67)

Innerhofer schildert auch die geistige Unterdrückung durch die Kirche, die Veränderung im Dorf durch das Aufkommen des Fremdenverkehrs, beides verwoben mit der Geschichte des Franz Holl. Holl kann sich vom Bauernhof seines Vaters lösen, besucht eine Schmiedelehre: „Unten empfing mich das Meistergesicht, streng und geil auf einen unterwürfigen und freundlichen Gruß. Jetzt verstehe ich erst richtig, warum Lehrlinge immer einen so unangenehm stillen Eindruck auf mich gemacht haben, warum sie mir am Arbeitsplatz oft wie wandelnde Gegenstände vorgekommen sind.“ (S.236/237) Nach Abschluß der Lehre geht Holl in eine Salzburger Fabrik, beginnt eine

bücher

Arbeitermittelschule und fängt schließlich zu studieren an. Soweit ein kurzer Blick auf Innerhofers Bücher.

Gernot Wolfgruber, 1944 in Gmünd geboren, arbeitet in verschiedenen Berufen, als Hilfsarbeiter, später als Programmierer, macht nebenher die Matura und beginnt zu studieren und lebt heute als Schriftsteller in Wien. Er nennt seine Hauptperson Bruno Melzer. Melzer lebt in einer (niederöstr.) Kleinstadt und macht, im Gegensatz zur Figur des Franz Holl keinen Bewußtwerdungsprozeß durch – die Verhältnisse sind stärker als Melzer. „Als die ersten seiner Freunde und ehemaligen Schulfreunde anfangen, gesetzter zu werden, zu heiraten, Kinder zu haben, auf den damals noch billigen Baugründen am Stadtrand in Richtung E. Häuser zu bauen, war er noch ganz sicher, daß er alles anders machen, daß es mit ihm ganz anders laufen würde.... Daß sich sein Lebenslauf, den er vor der Gesellenprüfung hatte schreiben müssen, nur durch die besonderen Zahlen seiner Daten von den Lebensläufen der Mitschü-

ler in der Berufsschule unterschied, hat für ihn noch lange nicht bedeutet, daß das auch weiterhin so sein würde.“ (S. 5) „Seine Lehrzeit war eine gewöhnliche Lehrzeit gewesen. Eine Zeit, die man abschreibt. Kuschen, Dreckwegräumen, nichts richtig machen. Jasagen. Alles schon wissen müssen. Nichts denken dürfen. Lernen: sich nicht betreffen zu fühlen, Gedanken folgenlos sein zu lassen. Ständig denken: nur noch soundso lang. Hoffnungen aufschieben, abschreiben.“ (S.6) „Immer hatte es schon Sprüche gegeben, gegen die Melzer nicht angekommen war. Sätze, die ganz harmlos taten, garnicht nach Befehlen klangen, aber dann doch welche waren, oder ärger noch, weil sie anonym dastanden... Kaum hatte er Fragen gestellt, wenn er etwas sollte, was ihm nicht von selber einging, waren Sprüche gekommen. Immer wieder war er ihnen gegenüber gestanden und das Höchste, was er hatte tun können, war Achselzucken gewesen... Besonders während seiner Lehrzeit hatten sie überhand genommen, hatte man versucht, ihn mit Sprüchen stillzuhalten und seine vergeblichen Ausbruchsversuche im Nachhinein noch einmal für gesetzwidrig zu erklären... Später. Dauernd ist er auf später vertröstet worden.“ (S. 7/8) Melzers Hoffnungen, Vorstellungen und Wünsche gehen nie in Erfüllung, für ihn gibt es kein Später. Es ergeht ihm so, wie seinen Schulkollegen. Er heiratet, wenn auch später als seine Freunde, und auf diese Tatsache ist er stolz, er wird Vater dreier Kinder, arbeitet in einer Fabrik, die Wohnung wird zu klein und er beginnt, was er immer verabscheut hat, nämlich ein Haus zu bauen, da stirbt seine Frau an Krebs... er gibt eine Heiratsanzeige auf: „...auf die Liebe oder sowas, sagt er, komm'ts bei mir nicht mehr an, weil darauf darf's garnicht mehr ankommen, sowas spielt für mich keine Rolle mehr. Weil eigentlich, sagt er, spiel ich ja selber keine Rolle mehr.“ (S.355)

Hermann Fritzl
Lotte Neumayer

F. Innerhofer: *Schöne Tage. Schattenseite. Die großen Worte.*
G. Wolfgruber: *Herrenjahre.*
Weiters empfehlenswert:
Helmut Zenker: *Kassbach. Das Porträt eines neofaschistischen Wiener Kleinbürgers mit einer Auflistung aller neofaschistischer Aktivitäten in den letzten 30 Jahren.*
Zwischenbilanz: *Eine Sammlung österr. Gegenwartsliteratur. Die meisten dieser Bücher sind relativ teuer, aber in den Städt. Büchereien erhältlich. Diese gibt es in jedem Wr. Bezirk.* ■

Verteidigung“ waren höher als 1976.

Die Junta konnte zwar durch einen beachtlichen Kreditstrom aus dem Ausland (1976 allein zwei Milliarden Dollar) das Zahlungsbilanzdefizit abdecken, doch wurde mehr als die Hälfte davon zur Bezahlung fälliger Auslandsschulden aufgewendet. Diese hatten Ende 1976 bereits 10,3 Milliarden Dollar betragen und stiegen 1977 weiter an. Die produktiven Investitionen des ausländischen Kapitals lassen nach wie vor auf sich warten.

Auch die regen wirtschaftlichen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern bringen nicht die erhoffte Abhilfe.

Die entscheidende Grenze findet die Junta beim Versuch der Realisierung ihrer wirtschaftlichen Pläne jedoch im Widerstand der Arbeiterklasse. Obwohl diese durch den Entzug elementarer politischer Rechte, durch die wachsende Arbeitslosigkeit und elende Lebensbedingungen geschwächt ist, wehrt sie sich nach wie vor gegen eine Lösung der Krise auf ihrem Rücken.

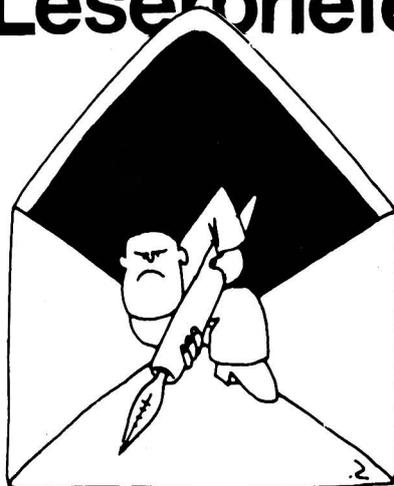
Die WM - Rettungsanker der Diktatur?

Die Junta hat der arbeitenden Bevölkerung zwar kein Brot zu bieten, bereitet aber mit ungeheurem Aufwand Spiele vor, von denen sie sich eine Ablenkung von ihren nicht zuletzt wirtschaftlichen Schwierigkeiten erhofft: Das ausländische Kapital soll zu Investitionen angeregt werden, die Argentinier selbst sollen ihren knurrenden Magen vergessen.

An den sichtbaren Widersprüchen dieser Politik, die sich etwa in einem massiven Aufgebot von "Ordnungskräften" während der Spiele niederschlagen werden, hat die internationale Solidaritätsbewegung anzusetzen: Statt den Militärs aus der politischen und wirtschaftlichen Sackgasse, in die sie sich begeben haben, zu verhelfen, sollte die WM zum Anlaß genommen werden, die Zuspitzung der Krise dieses Regimes weiterzutreiben und seine internationale Isolierung zu verstärken.

Hermann Klosius - IGLA
(Informationsgruppe
Lateinamerika)

Leserbriefe



„Extra-Klasse“ - ohne Klasse

Das Erscheinen der Glosse „Extra-Klasse“ von P.L. in der März-Nr. von OL hat mich entsetzt. Inhaltlich (Entlarvung des Extrablattes als unternehmerfreundliches Klatschblatt bürgerlicher Art) halte ich sie grundfalsch und im Stil ist sie fahrlässig unseriös, unserer Zeitschrift nicht würdig.

Der glossierte Artikel ist fünf Monate alt (Nov. 77), die Zitate sind verkürzt und aus dem Zusammenhang gerissen. Vor allem ist der Artikel aus dem Zusammenhang (nämlich willkürlich aus mehreren Dutzend Artikeln der bisherigen sieben Extrablatt-Nummern) gerissen. Der Hinweis auf zwei Artikel über die Pläne Niki Laudas und Mararets Sorgen verfälscht den Charakter der Zeitschrift. Ersterer beschäftigt sich mit dem Projekt Austro-Porsche bzw. Austro-Daimler und dem Vorschlag des ÖIAG-Chefs Geist, Lauda zum Verkaufsleiter zu machen und letzterer berichtet über die Machenschaften der englischen Königsfamilie, wie sie sich bereichert und ihre Skandale vertuscht. Beide sind zugegebenermaßen schwach und oberflächlich (wahrscheinlich hat sie P.L. gerade deshalb ausgewählt, um die gewünschte Stimmung zu erzielen), aber sicher kein Beweis für eine bürgerliche Blattlinie. Um trotzdem den geplanten Effekt zu erzielen, mußte P.L. auch folgende Artikel in der betreffenden Nummer unter den Tisch fallen lassen: 1. Entmündigungs(un)recht in Österreich, 2. Bundesheer als mögliches Bürgerkriegsinstrument, 3. Neonazistische Umtriebe, 4. Deutschnationale sind in allen drei Großparteien willkommen, 5. ÖVP hetzt gegen angeblichen Rotfunk, besetzt aber nach wie vor die entscheidenden Positionen im ORF, 6. Umverteilung zu Gunsten der Reichen nimmt unter SP-Regierung zu. Gar nicht zu reden von den anderen

sechs Extrablattnummern, die bisher erschienen sind. Übrigens - bei einer gut besuchten Veranstaltung im Club Links wurde das Extrablatt von den anwesenden BfSlern einhellig als positiv und wertvoll eingeschätzt. Das von P.L. gezeichnete Bild vom Extrablatt ist meiner Meinung nach verzerrt, entstellt, ja gerade zu gehässig. Warum tut er das? Welcher politischen Position der BFS soll die Glosse dienen? Und warum dieser Revolverblattstil?

Was hat sich die Redaktion gedacht? Bisher hatten wir kein Wort der Kritik am Extrablatt gebracht und jetzt diese unnötige, feindselige Glosse ohne Informationsinhalt.

Noch dazu ist die Glosse mit Initialen gezeichnet, was laut Impressum bedeutet, daß sie die Meinung der Redaktion wiedergibt. Das will ich nun doch nicht annehmen, wäre ja sehr arg!

Mir scheint unbedingt eine Klarstellung notwendig, wenn wir uns nicht einer Unmenge Vorwürfen, von Konkurrenzneid bis Sektierertum, aussetzen wollen.

Herbert Brunner
1140 Wien

Betrifft: „Eine Kritik von Links“ (OL Nr. 41)

Als einer noch recht „jungen“ Gesinnungsgenossin in Euren Reihen, aber auch im allgemeinen politischen Fachjargon Unbewanderten, schien mir oben erwähnter Beitrag besonders bemerkenswert.

Dank ein paar *) mit Fußnote, gelang es mir, diesen Artikel zur Gänze ohne Zuhilfenahme eines Lexikons zu lesen (das mich in solchen Fällen ohnehin meist im Stich läßt), was das Vergnügen an der Sache enorm steigert, muß ich gestehen!

Da ich überdies annehme, daß es nicht in Eurem Interesse liegt, ausschließlich für eine kleine Gruppe von „Gschtudierten“ zu schreiben (wäre ja paradox), solltet Ihr einem Neuling „echt-proletarischer Herkunft“, der sich bisweilen zu den eingeweihten Stammlesern gesellt, gemäß diesem Beispiel eine Chance geben, sich zurechtzufinden.

Ein 40-Stunden-Arbeiter wird lieber dem zuhören, der auch seine Sprache spricht. Wer einen Wall von unverständlichen Begriffen vor sich aufgerichtet sieht, macht kehrt. - Was Wunder!?

In einer 30-Minuten-Pause, zwischen Burenwurst und Bier, ist ein „Kronenzeitung-Staber!“ auch noch mit einem Auge lesbar und verdaulich.

Wer dann am Abend auch noch Überstunden schiebt, der ist zu müde, um, wie ich, noch „vierhändig“ zu lesen!

Dies nur als kleiner Denkanstoß!

Gerti W.

Nicht vergessen!
1. Mai: Kampftag der Arbeiterklasse



Für Nichtfernseher: Gemeinsame Demonstration
11^h Ecke Akademiestraße-Ring
1010 Wien